

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr

**Leistungsheft  
für den  
Straßenbetriebsdienst  
auf Bundesfernstraßen**

- Version 1.1 -

erstellt in Zusammenarbeit  
mit den  
Straßenbauverwaltungen der Länder

Bonn, Dezember 2004

## **Anstelle eines Vorwortes - Sieben Fragen und Antworten vorab:**

	<b>Seite</b>
Warum gibt es ein Leistungsheft?	0.2
Was ist eine Leistung?	0.5
Wie werden Leistungen beschrieben?	0.7
Welche Gesetze sind Grundlage der Leistungsbeschreibung?	0.10
Wie ist das Leistungsheft aufgebaut?	0.14
Wie ist das Leistungsheft anzuwenden?	0.15
Wie können auf Bundesautobahnen Leistungen erbracht werden, um Verkehrsbeeinträchtigungen soweit wie möglich zu verringern?	0.18

## Warum gibt es ein Leistungsheft?

Der Straßenbetriebsdienst in Deutschland hat einen hohen Standard erreicht. Er muss aber auch wirtschaftlich bleiben und deshalb so rationell wie möglich durchgeführt werden. Nur so können die hohen Ansprüche an Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Straßennetzes, dem Rückgrat der verkehrswirtschaftlichen Infrastruktur, auch in Zukunft erfüllt werden.

Um die wachsenden Anforderungen erfüllen und finanzieren zu können, müssen alle Möglichkeiten geprüft und alle Anstrengungen unternommen werden, die erforderlichen Leistungen so **effektiv** und **effizient** wie möglich zu erledigen. Jede Minderung der Kosten bringt einen hohen volkswirtschaftlichen Gewinn - bedenkt man, dass jährlich für den Straßenbetriebsdienst auf den Bundesfernstraßen rd. 900 Mio € im Straßenbauhaushalt veranschlagt sind.

Für die vom Bund finanzierten Leistungen auf **Bundesautobahnen und Bundesstraßen** sollen daher möglichst bundeseinheitliche **Standards** gelten für

- die **Leistungserbringung** zur Steigerung der Effektivität ("Erbringe nur die notwendigen Leistungen!") sowie für
- die **Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)** als Werkzeug zur Steigerung der Effizienz ("Erbringe die notwendigen Leistungen kostengünstig!").

Die Standards für die Leistungserbringung sind im vorliegenden Leistungsheft für Bundesfernstraßen definiert. Die Konzeption einer bundeseinheitlichen KLR für die wirtschaftlichkeitsorientierte Steuerung des Straßenbetriebsdienstes wurde in einem Forschungsvorhaben separat dokumentiert. Leistungsheft und KLR bedingen in ihrer Systematik einander; die inhaltliche Ausgestaltung, z. B. die Definition einzelner Leistungen oder Kostenverrechnungsverfahren, kann jedoch weitestgehend unabhängig voneinander erfolgen.

Durch die Anwendung des Leistungsheftes in Verbindung mit einer KLR wird es künftig für Bundesfernstraßen im Sinne eines Benchmarking-Prozesses möglich sein,

- Leistungen mit bundeseinheitlichen Ergebnissen zu erbringen,
- den individuellen Leistungsumfang jeder Autobahnmeisterei zu beschreiben,
- detaillierte Leistungsnachweise zu erstellen,
- die Mittelzuweisung den tatsächlich notwendigen Leistungen anzupassen,
- Prozesse der Leistungserbringung und ihre Kosten bei unterschiedlichen Randbedingungen zu vergleichen,
- die Auswirkungen neuer Arbeitsverfahren, Techniken oder Organisationsformen auf Leistung und Kosten zu bewerten,
- Auswirkungen von Veränderungen im Anforderungsniveau auf die Kosten des Straßenbetriebsdienstes zu bestimmen,
- das Leistungs- und Kostenbewußtsein vor Ort zu verbessern,
- meisterei- und länderübergreifende Vergleiche auf einheitlicher Basis durchzuführen und
- Leistungen auf Grundlage einheitlicher Standards zu vergeben.

Das Leistungsheft ist somit ein Baustein für einen modernen, leistungsfähigen Straßenbetriebsdienst auf hohem Niveau. Es soll das Personal der Straßenbauverwaltung bei ihrer vielfältigen Arbeit unterstützen! Denn die größte Bedeutung für eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung haben sicherlich auf allen Ebenen die

#### **Mitarbeiter des Straßenbetriebsdienstes.**

Das Leistungsheft (Version 0.9.1) und die erste Konzeption einer KLR des Straßenbetriebsdienstes wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) durch die Durth Roos Consulting GmbH in Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet Finanzwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt erstellt. Es wurde mit einem projektbegleitenden Betreuungsausschuss abgestimmt, der sich aus Vertretern des BMVBW, der Bundesanstalt für Straßenwesen und der Straßenbauverwaltungen der Länder zusammensetzte.

Die angegebenen Kenngrößen sind weiterhin sowohl in den entsprechenden Fachgremien als auch in der Praxis von den Autobahn- und Straßenmeistereien zu prüfen und ggf. zu modifizieren.

Darüber hinaus wird das Leistungsheft entsprechend den sich ändernden Anforderungen fortzuschreiben sein. Es wird somit - wie der Straßenbetriebsdienst insgesamt - einem ständigen Anpassungsprozess an neue Aufgaben unterliegen.

## Was ist eine Leistung?

Im Sinne dieses Leistungsheftes sind **Leistungen des Straßenbetriebsdienstes** Tätigkeiten und Aufwendungen, die **unmittelbar** dem Betrieb der Bundesfernstraßen oder ihrer Bestandteile zugeordnet werden können und die im Rahmen der Auftragsverwaltung erbracht werden. Alle Leistungen sind in der KLR zugleich Kostenträger, denen der Aufwand für die Erstellung der Leistung zugeordnet wird.

Im Leistungsbereich 6 sind weitere Leistungen definiert, die entweder nicht ausschließlich dem Bund als Straßenbaulastträger anzurechnen sind, sondern z. B. im Auftrag Dritter erbracht werden, oder die keine Leistungen sind, die im Rahmen des Straßenbetriebsdienstes erbracht werden sollen, z. B. die Instandsetzung und Erneuerung von Verkehrsflächen, Ingenieurbauwerken und Entwässerungseinrichtungen.

Der Betrieb von Nebenanlagen ist **keine** Leistung im Sinne des Leistungsheftes. Dieser ist nur mittelbar notwendig, wird getrennt erfasst und den eigentlichen Leistungen erst später - zum Teil direkt, zum Teil über Verteilungsschlüssel - zugerechnet.

Dagegen werden auch die Tätigkeiten und Aufwendungen, die durch einen schadenersatzpflichtigen Verursacher veranlasst wurden oder - entsprechend den Regelungen in der Praxis - für die ein Schadenersatzpflichtiger bekannt ist, bei den Leistungen erfasst. Sie werden jedoch im Rahmen der KLR gesondert gekennzeichnet und können somit verursachungsgerecht abgerechnet werden.

**Der Betriebsdienst** beinhaltet generell die Kontrolle, Wartung und Pflege (einschließlich Kleinreparaturen) der Straße. Er umfasst Leistungen, die zur anforderungsgemäßen und sicheren Nutzung sowie Wahrung der Funktionsfähigkeit der Straße und ihrer Bestandteile notwendig sind. Durch diese Leistungen wird die Substanz der Straße nicht verbessert; die Unterlassung hätte jedoch eine Reduzierung der Funktionsfähigkeit zur Folge. Die Zielsetzung dieser Leistungen dient somit der Gewährleistung der Sicherheit und Befahrbarkeit der Straße einschließlich der Bauwerke.

Kontrollleistungen (z. B.: Streckenkontrolle, Baumschau), sind jedoch Verwaltungsleistungen, für die im Rahmen der Auftragsverwaltung die Straßenbauverwaltungen der Länder zuständig sind; sie sind somit keine Leistungen im Sinne des Leistungsheftes.

Die generelle Abgrenzung der Leistungen des Betriebsdienstes, d. h. über das Leistungsheft hinaus, zu Leistungen der Erhaltung sowie des Neubaus bzw. des Um- und Ausbaus und der Erweiterung ist nachfolgend veranschaulicht:

1. Betriebsdienst	<ul style="list-style-type: none"><li>- Kontrolle/Prüfung</li><li>- Wartung/Pflege/Kleinreparaturen</li></ul>
2. Erhaltung	<ul style="list-style-type: none"><li>- Instandsetzung</li><li>- Erneuerung</li></ul>
3. Neubau, Um- und Ausbau, Erweiterung	Maßnahmen infolge veränderter Anforderungen an die Funktionsfähigkeit oder Substanzverbesserungen

## Wie werden Leistungen beschrieben?

Gegenstand der Leistungsbeschreibung sind die qualitativen und quantitativen Anforderungen an das Ergebnis der Leistungserbringung. Alle Leistungen des Straßenbetriebsdienstes ergeben sich aus Anforderungen an Funktion, Sicherheit und Substanz. Somit sind Leistungen in der Regel **anforderungsorientiert** und nicht ausführungsorientiert zu beschreiben, d. h. Arbeitsweisen, einzusetzende Fahrzeuge und Geräte sowie die Frage, ob die Leistungserbringung durch verwaltungseigene oder fremde Stellen erfolgt, sind nicht Bestandteil der Leistungsbeschreibung. Die Häufigkeit der Leistungserbringung orientiert sich an wechselnden Anforderungen und kann deshalb bei vielen Leistungen nicht fest vorgegeben werden. Für eine effektive Leistungserbringung ist vielfach eine differenzierte Leistungsbeschreibung notwendig.

### **Das Leistungsheft ist eine Vorgabe für das Ergebnis, nicht für die Durchführung!**

Tätigkeiten und Aufwendungen können zu einer Leistung zusammengefasst werden, wenn

- die gleichen Anforderungen an die Leistung bestehen und
- die Leistungsmenge in gleicher Einheit ermittelt wird.

Einer Leistung sind **alle** Tätigkeiten und Aufwendungen zuzurechnen, die zum Erreichen der gestellten Anforderungen notwendig sind. Es ist hierbei nicht zwischen Eigenleistung und Fremdvergabe zu unterscheiden. Der Leistung sind alle Materialkosten, einschließlich erneuerter Bauteile und ersetzter Betriebsstoffe zuzuordnen, ebenso Aufwendungen für die Sicherung von Arbeitsstellen und Entsorgungskosten. In der KLR können viele Aufwendungen und Kosten den Leistungen unmittelbar zugeordnet werden. Zum Teil werden sie jedoch nicht direkt für eine einzelne Leistung, sondern für mehrere Leistungen gemeinsam oder als allgemeine Tätigkeiten erbracht. Diese sind dann in der KLR den Leistungen und Kostenträgern mit Hilfe geeigneter Verrechnungsschlüssel verursachungsgerecht zuzuordnen. Hieraus ergibt sich, dass Aufwendungen nicht nur für die im Leistungsheft definierten Leistungen und Kostenträger, sondern auch für weitere Tätigkeiten erfasst werden, so dass das Leistungsheft nur Grundlage eines umfassenderen Tätigkeitskataloges für die Erfassung sein kann. Beispiele für



weitere Tätigkeiten sind Arbeiten auf dem Gehöft, bei der Kehrrichtentsorgung oder in der Mähgutkompostierung.

Grundlagen der Leistungsanforderungen sind die einschlägigen Bundesgesetze, Verordnungen, Vorschriften und detaillierte technische Regelwerke (Richtlinien, DIN-Normen etc.) der Fachdisziplinen. Die zu beachtenden Regelwerke sind weitgehend leistungsspezifisch formuliert; sie gelten in ihrer jeweils aktuellen Fassung. Einschlägige Landesgesetze sind jedoch bei der Leistungserbringung zu beachten.

Bis auf Ausnahmen sind **Häufigkeiten** der Leistungserbringung keine direkte Anforderung an die Leistung, sondern sie ergeben sich aus den Anforderungen an die Leistungen. Wenn möglich, sind sie als **Regelwerte** definiert, die für die Meistereien und die übergeordnete Verwaltung Orientierungswerte sind, um den erforderlichen Leistungsumfang abschätzen zu können. Eine Unterteilung dieser Regelwerte anhand von messbaren Randbedingungen, z. B. Höhenlage oder Verkehrsmenge, ist derzeit mangels ausreichender Erhebungen kaum möglich. Auch bei sehr hoch strukturierten Leistungen wie dem Mähen kann es je nach Witterung notwendig sein, vom Regelwert abzuweichen. So ist in besonders feuchtwarmen Sommern vielfach eine zusätzliche Mahd notwendig.

Anforderungen an die Leistungserbringung werden grundsätzlich nur dann gestellt, wenn durch sie entweder das Ergebnis des Leistungserbringungsprozesses beeinflusst wird oder wenn sie Auswirkungen auf Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Verkehrsablaufs haben. Hierzu zählen die Forderung des Einsatzes von fachlich qualifiziertem Personal sowie der Absicherung der Arbeitsstellen entsprechend den Regelplänen der Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen (RSA).

Die in den Beschreibungen genannten Fristen beziehen sich auf den Zeitpunkt, an dem der Mangel, der behoben werden soll, dem zuständigen Meistereileiter bekannt wurde. Sie sind bindend, sofern sie mit vertretbarem Aufwand eingehalten werden können und der Nutzen der fristgerechten Leistungserbringung höher ist als es die Beeinträchtigungen von Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Verkehrs sind.

Leistungen lassen sich gliedern in:

- Leistungen, für deren Umfang sich keine Regelwerte angeben lassen und für die die Leistungsmenge erst bei der Leistungserbringung ermittelt wird, z. B. Leistung 1.04 "Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen".
- Leistungen, für deren Umfang sich keine Regelwerte angeben lassen und bei denen keine Leistungsmengen auf Grundlage des Bestandes ermittelt werden, z. B. Leistung 3.06 "WC-Anlagen unbewirtschafteter Rastanlagen instand halten".
- Leistungen, für deren Umfang sich Regelwerte angeben lassen und bei denen die Leistungsmenge auf Grundlage des Bestandes ermittelt werden kann, z. B. Leistung 2.01 "Bankette an Fahrbahnen mähen".

## Welche Gesetze sind Grundlage der Leistungsbeschreibung?

Die **Zuständigkeit** der Straßenbauverwaltungen der Länder für die Bundesfernstraßen ergibt sich aus Artikel 90 (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) Absatz 2 des **Grundgesetzes**:

*"(2) Die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften verwalten die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrage des Bundes."*

Die **Bestandteile der Straßen** sind in § 1 (Einteilung der Bundesstraßen des Fernverkehrs) Absatz 4 des **Bundesfernstraßengesetzes** beschrieben:

*"(4) Zu den Bundesfernstraßen gehören*

1. *der Straßenkörper; das sind besonders der Straßengrund, der Straßenunterbau, die Straßendecke, die Brücken, Tunnel, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Lärmschutzanlagen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen;*
2. *der Luftraum über dem Straßenkörper;*
3. *das Zubehör; das sind die Verkehrszeichen, die Verkehrseinrichtungen und -anlagen aller Art, die der Sicherheit oder Leichtigkeit des Straßenverkehrs oder dem Schutz der Anlieger dienen, und die Bepflanzung;*
- 3a. *Einrichtungen zur Erhebung von Maut und zur Kontrolle der Einhaltung der Mautpflicht;*
4. *die Nebenanlagen; das sind solche Anlagen, die überwiegend den Aufgaben der Straßenbauverwaltung der Bundesfernstraßen dienen, z. B. Straßenmeistereien, Gerätehöfe, Lager, Lagerplätze, Entnahmestellen, Hilfsbetriebe und -einrichtungen;*
5. *die Nebenbetriebe an den Bundesautobahnen (§ 15 Abs. 1)."*

Ergänzende Zuständigkeiten bei **Verkehrszeichen und -einrichtungen** regelt § 5b **Straßenverkehrsgesetz**:

*"(1) Die Kosten der Beschaffung, Anbringung, Entfernung, Unterhaltung und des Betriebes der amtlichen Verkehrszeichen und -einrichtungen sowie der sonstigen vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zugelassenen Verkehrszeichen und -einrichtungen trägt der Träger der Straßenbaulast für diejenige Straße, in deren Verlauf sie angebracht werden oder angebracht worden sind, bei geteilter Straßenbaulast der für die durchgehende Fahrbahn zuständige Träger der Straßenbaulast. Ist ein Träger der Straßenbaulast nicht vorhanden, so trägt der Eigentümer der Straße die Kosten.*

*(2) Diese Kosten tragen abweichend vom Absatz 1*

*(...)*

- e) die Unternehmer von Werkstätten, Tankstellen sowie sonstigen Anlagen und Veranstaltungen für die entsprechenden amtlichen oder zugelassenen Hinweiszeichen;*
- f) die Träger der Straßenbaulast der Straßen, von denen der Verkehr umgeleitet werden soll, für Wegweiser für Bedarfsumleitungen."*

Für touristische Hinweiszeichen ergibt sich eine besondere Kostenregelung nach § 51 Straßenverkehrsordnung (Besondere Kostenregelung):

*"Die Kosten des Zeichens 386 (touristischer Hinweis) trägt abweichend von § 5b Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes derjenige, der die Aufstellung dieses Zeichens beantragt."*

Die **Pflicht zum Straßenbetriebsdienst**, insbesondere zur Aufrechterhaltung eines verkehrssicheren Zustandes und zum Winterdienst, ergibt sich zum einen aus § 3 (Straßenbaulast) Absatz 1 **Bundesfernstraßengesetz**:

*"(1) Die Straßenbaulast umfasst alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Bundesfernstraßen zusammenhängenden Aufgaben. Die Träger der Straßenbaulast haben nach ihrer Leistungsfähigkeit die Bundesfernstraßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern; dabei sind die sonstigen öffentlichen Belange einschließlich des Umweltschutzes sowie behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen mit dem Ziel, möglichst weitreichende Barrierefreiheit zu erreichen, zu berücksichtigen.*

*(2) Soweit die Träger der Straßenbaulast unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit zur Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 2 außerstande sind, haben sie auf einen nicht verkehrssicheren Zustand durch Verkehrszeichen hinzuweisen. Diese hat die Straßenbaubehörde vorbehaltlich anderweitiger Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde aufzustellen.*

*(3) Die Träger der Straßenbaulast sollen nach besten Kräften über die ihnen nach Absatz 1 obliegenden Aufgaben hinaus die Bundesfernstraßen bei Schnee- und Eisglätte räumen und streuen. Landesrechtliche Vorschriften über die Pflichten Dritter zum Schneeräumen und Streuen sowie zur polizeimäßigen Reinigung bleiben unberührt."*

Die Verantwortlichkeit des Straßenbaulastträgers für die Sicherheit und Ordnung seiner Bauten ergibt sich nach § 4 FStrG:

*"Die Träger der Straßenbaulast haben dafür einzustehen, dass ihre Bauten allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Behördlicher Genehmigungen, Erlaubnisse und Abnahmen durch andere als die Straßenbaubehörden bedarf es nicht. Für Baudenkmäler gilt Satz 2 nur, soweit ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt worden ist."*

Die Pflicht zum sicheren Betreiben der Bundesfernstraßen resultiert aus der allgemeinen **Verkehrssicherungspflicht**: Art und Umfang der Verkehrssicherungspflicht sind nicht durch ein bestimmtes Gesetz geregelt, sondern wurden von der Rechtsprechung fallweise festgelegt. Ausgangspunkt hierfür sind Schadensersatzpflicht und Haftung nach **Bürgerlichem Gesetzbuch**:

*"§ 823 Schadensersatzpflicht*

*(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zu Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet. (...)"*

Grundlage der **Haftung** ist § 836 (Haftung des Grundbesitzers) des Bürgerlichen Gesetzbuches, der für Bundesfernstraßen sinngemäß gilt:

*"§ 836 Haftung des Grundstücksbesitzers*

*(1) Wird durch den Einsturz eines Gebäudes oder eines anderen mit einem Grundstück verbundenen Werkes oder durch die Ablösung von Teilen des Gebäudes oder des Werkes ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Besitzer des Grundstücks, sofern der Einsturz oder die Ablösung die Folge fehlerhafter Errichtung oder mangelhafter Unterhaltung ist, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Besitzer zum Zwecke der Abwendung der Gefahr, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat."*

## Wie ist das Leistungsheft aufgebaut?

Das Leistungsheft für den Straßenbetriebsdienst gliedert sich in:

- Allgemeiner Teil
- Leistungsbereich 1: Sofortmaßnahmen am Straßenkörper
- Leistungsbereich 2: Grünpflege
- Leistungsbereich 3: Wartung und Instandhaltung der Straßenausstattung
- Leistungsbereich 4: Reinigung
- Leistungsbereich 5: Winterdienst
- Leistungsbereich 6: Weitere Leistungen

Die Leistungsbereiche 1 bis 5 gliedern sich in:

- Allgemeine Anforderungen, die bei allen Leistungen zu beachten sind,
- Leistungsbeschreibung für jede Leistung mit Angaben zu Gültigkeitsbereich, Anforderungen an das Ergebnis der Leistungserbringung und Fristen zur Leistungserbringung sowie
- Bezugsquellenverzeichnis der zu beachtenden technischen Regelwerke

Leistungsbereich 6 enthält für die Leistungen nur Beschreibungen mit Angaben zum Gültigkeitsbereich.

## **Wie ist das Leistungsheft anzuwenden?**

Das Leistungsheft beschreibt ergebnisorientiert die notwendigen Leistungen und die einzuhaltenden Anforderungsniveaus für den Straßenbetriebsdienst der Bundesfernstraßen. Die Bestandteile der Bundesfernstraßen sind zu Beginn einmalig den einzelnen Leistungen zuzuordnen. Im Rahmen dieser Bestandserhebung müssen insbesondere die Flächen für die Grünpflege entsprechend den Anforderungen an die einzelnen Leistungen zweckmäßig gegliedert werden. Nach der Zuordnung der Bestandteile ist der Bestand dann auf Grundlage der jeweiligen Leistungsbeschreibung und der allgemeinen Anforderungen des zugehörigen Leistungsbereiches möglichst wirtschaftlich zu warten bzw. zu pflegen.

Die Zuordnung und Gliederung der zu wartenden bzw. zu pflegenden Bestände jeder Leistungsposition, i.d.R. der Bestand der Meistereien, erfolgt zweckmäßigerweise in Bestands- und Leistungskatalogen, wie sie auch für eine Kosten- und Leistungsrechnung notwendig sind. Weitere Hinweise hierzu sind in der separat dokumentierten "Konzeption einer Kosten- und Leistungsrechnung für die wirtschaftlichkeitsorientierte Steuerung des Straßenbetriebsdienstes" enthalten. Zur Bestandsaufnahme selbst ist der „Leitfaden für die Bestandsaufnahme an Bundesfernstraßen“ heranzuziehen, der vom Bund-Länderausschuss Betriebskostenrechnung im Straßenbetriebsdienst (BEKORS) erstellt wurde.

Die an die Leistungserbringung gestellten Anforderungen können landes- oder amtsweit bei eigenen Bedürfnissen präzisiert werden. Dies können z. B. regional geltende Anforderungen an die Häufigkeit sein, die zur Erfüllung der Leistungsdefinitionen notwendig sind. Weiterhin können Anforderungen an die Durchführung, die in der Organisationshoheit der Länder liegen, z. B. einzusetzende Fahrzeuge und Geräte oder Vergabe von Leistungen, bei der Präzisierung berücksichtigt werden.



Für Bestands- und Leistungskataloge ist es zweckmäßig, das zu betreibende Bundesfernstraßennetz anhand der im Folgenden beschriebenen Objekttypen in einzelne Teile (Objekte) zu gliedern:

**einbahniger Streckenabschnitt:** Teil der freien Strecke, der von Netzknoten oder Ortsdurchfahrtsgrenzen begrenzt wird.

**mehrbahniger Streckenabschnitt:** Teil der freien Strecke, der von 2 Netzknoten begrenzt wird. Einem Streckenabschnitt sind die Richtungsfahrbahnen, Mittelstreifen und unbefestigte Seitenräume zugeordnet.

**Anschlussstelle:** Knotenpunkt, der eine Bundesautobahn mit dem nachgeordneten Netz verknüpft. Zu einer Anschlussstelle gehören die Verbindungsrampen und Verteilerfahrbahnen einschließlich Trennstreifen zur Richtungsfahrbahn, unbefestigte Seitenräume und weitere Flächen, die von Verbindungsrampen, Verteilerfahrbahnen oder Richtungsfahrbahnen eingeschlossen sind. Die durchgehenden Richtungsfahrbahnen einschließlich Bankett und parallel geführten Entwässerungseinrichtungen sind nicht der Anschlussstelle zugeordnet; Verbindungsrampen und Verteilerfahrbahnen schließen entsprechend der Anweisung Straßendatenbank die Verzögerungs- und Beschleunigungsspuren ein.

**Autobahnknoten:** Knotenpunkt, der Bundesautobahnen miteinander verknüpft. Ein Autobahnknoten besteht aus Verbindungsrampen und Verteilerfahrbahnen einschließlich Trennstreifen zur Richtungsfahrbahn, unbefestigten Seitenräumen und weiteren Flächen, die von Verbindungsrampen, Verteilerfahrbahnen oder Richtungsfahrbahnen eingeschlossen sind. Die durchgehenden Richtungsfahrbahnen einschließlich Bankett und parallel geführten Entwässerungseinrichtungen sind nicht Teil des Autobahnknotens, sondern des jeweiligen Streckenabschnitts; Verbindungsrampen und Verteilerfahrbahnen schließen entsprechend der Anweisung Straßendatenbank die Verzögerungs- und Beschleunigungsspuren ein.

**Rastanlage:** Unbewirtschaftete oder bewirtschaftete Anlage zum Halten, Parken oder Rasten mit unmittelbarem Anschluss an die Bundesfernstraße. Eine Rastanlage hat eine Zu- und Abfahrt, Durchfahrt, Fahrgassen, Parkflächen sowie unbefestigte Flächen.

Die durchgehenden Richtungsfahrbahnen einschließlich Bankett und parallel geführten Entwässerungseinrichtungen sind nicht Bestandteil der Rastanlage; Zu- und Abfahrtschließen entsprechend der Anweisung Straßendatenbank die Verzögerungs- und Beschleunigungsspuren ein.

Verkehrsflächen, unbefestigte Flächen, Ingenieurbauwerke, Entwässerungseinrichtungen und Ausstattung sind entsprechend den vorstehenden Beschreibungen den einzelnen Objekten einer Meisterei zugeordnet. Alle Brückenbauwerke, bei denen Verbindungsrampen oder Verteilerfahrbahnen über oder unter Richtungsfahrbahnen geführt werden, sind deren Streckenabschnitt, Kreuzungsbauwerke von zwei oder mehr Richtungsfahrbahnen dem oben liegenden Streckenabschnitt zuzuordnen.

## **Wie können auf Bundesautobahnen Leistungen erbracht werden, um Verkehrsbeeinträchtigungen soweit wie möglich zu verringern?**

Wichtige Ansätze zur Verringerung von Verkehrsbeeinträchtigungen bei den betrieblichen Arbeiten auf Bundesautobahnen sind im Maßnahmenkatalog (MK 13) zusammengestellt. Sie sind im Folgenden in Auszügen sinngemäß wiedergegeben und sollen, soweit es die Verkehrsverhältnisse erfordern, angewendet werden.

(...)

### **2. Abschätzung der Staugefährdung**

*Einstreifige Verkehrsführungen führen je nach örtlicher Situation bei 1200 bis 1600 Kraftfahrzeugen pro Stunde und Streifen zu Stau. Ein starrer Grenzwert kann nicht zugrunde gelegt werden. Die Beurteilung, wann und auf welchen Strecken Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes im Straßenraum hinsichtlich der Staugefährdung kritisch sind, muss in jedem Einzelfall auf der Grundlage der Tagesganglinien und unter Berücksichtigung örtlicher Erfahrungen erfolgen (aktuelle Verkehrsbelastung und -zusammensetzung auf der Grundlage eines ausreichend dichten Zählstellennetzes, Topografie und Streckencharakteristik). Insbesondere sind Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes häufig unproblematischer in der Ferienzeit durchzuführen, weil hier die stündlichen Verkehrsbelastungen wesentlich geringer sein können, als zu vergleichbaren Tageszeiten außerhalb der Ferien.*

### **3. Ansätze zur Verringerung von Verkehrsbeeinträchtigungen**

*Bei der Beurteilung von Staugefährdungen und Abhilfemaßnahmen sind bauliche, betriebliche und verkehrliche Gesichtspunkte sowie arbeitsrechtliche Möglichkeiten und gesamtwirtschaftliche Aspekte von Bedeutung.*

(...)

### **3.2 Betriebliche und organisatorische Ansätze**

- *Überprüfung der Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes im Hinblick auf eine Verringerung dieser Arbeiten im Verkehrsraum. Art und Umfang der Arbeiten sollen ausschließlich auf die Erfordernisse der Verkehrssicherheit und der Bestandserhaltung ausgerichtet sein.*  
*Reparaturen von Bagatellschäden an Schutzplanken verursachen häufig Stauungen. Schadensregulierungen sollen in solchen Fällen über einen Schätzwert abgerechnet werden, ohne dass jeder Bagatellschaden behoben wird.*
- *Überprüfen von Arbeitsmethoden, Geräten und Materialien mit dem Ziel möglichst geringer Eingriffszeiten.*
- *Zusammenfassung und Koordinierung verschiedenartiger Arbeiten.*  
*Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes sind mit großen Bauarbeiten sowie untereinander zu koordinieren, um die Häufigkeit der Eingriffe in den Verkehrsfluss möglichst gering zu halten. Durch eine Vielzahl von Aktivitäten wird auch die Akzeptanz beim Verkehrsteilnehmer größer und gleichzeitig der Aufwand für die Verkehrssicherung insgesamt geringer.*
- *Bei fehlenden Standstreifen ist zu prüfen, ob und inwieweit Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes von außen durchgeführt werden können. Ggf. sind dafür die baulichen Voraussetzungen (z. B. Anlage von Zufahrtswegen) zu schaffen.*
- *Verlegung der Arbeiten in verkehrsarme Zeiten. Für die Disposition der Arbeiten am Tage sind die Jahres-, Wochen- und Tagesganglinien zu beachten. Die frühen Morgen- bzw. Abendstunden sollten im Sommerhalbjahr für Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes genutzt werden. Der Spielraum, noch bei Tageslicht zu arbeiten, ist jedoch bei vielen Problemstrecken auch im Sommer gering. Wenn alle betrieblichen, organisatorischen und verkehrlichen Möglichkeiten, bei Tageslicht zu arbeiten, ausgeschöpft sind, kann es in besonderen Fällen erforderlich werden, nachts zu arbeiten.*

*Erste praktische Erfahrungen mit Nachtarbeiten, die sonst im Rahmen von Tagesbaustellen durchgeführt wurden, sind zufriedenstellend. Bei Nachtarbeiten sind erhöhte Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Arbeitspersonals und der Verkehrsteilnehmer zu treffen. Die Arbeiten werden für den Straßenbaulastträger wesentlich aufwendiger und teurer. Mit volkswirtschaftlichen Berechnungen ist die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel zu rechtfertigen.*

(...)

### **3.4 Zusammenstellung möglicher Maßnahmen**

*Steuerungsansätze zur Vermeidung bzw. Verringerung betriebsbedingter Stauungen sind vor allem bei den planbaren bzw. vorhersehbaren Arbeiten gegeben. Die umgehende Beseitigung von Gefahrensituationen lässt dagegen in der Regel keinen Dispositionsspielraum zu.*

*Die verkehrlichen und betrieblichen Ansätze sind für die gängigsten Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes auf einer 2-streifigen Richtungsfahrbahn mit Standstreifen in der angeschlossenen Liste dargestellt.*

*Bei Strecken ohne Standstreifen sind die Arbeiten des Straßenbetriebsdienstes, die Verkehrsbeeinträchtigungen zur Folge haben, möglichst in verkehrsarmen Zeiten durchzuführen.*

Art der Arbeit	Gesperrter Streifen	Ansätze zur Verringerung von Verkehrsbeeinträchtigungen	
		Ausbau-Ausstattungsstandard	Betriebsdienst Verkehrstechnik
Örtliche Deckenreparaturen	Überholstreifen Fahrstreifen	Anwendung hochwertiger Bauweisen und Baustoffe hinsichtlich kurzer Eingriffszeiten und langer Wartungsintervalle	Verkehrsführung über Standstreifen  Arbeit in verkehrsschwachen Zeiten ggf. Nacharbeit. Außerhalb der Arbeitszeit (Abbindezeit) ist am Tage eine Verkehrsführung über den Standstreifen mit Insellösung denkbar.
Schutzplankenreparaturen	Überholstreifen	Gezielter Einsatz der reparaturanfälligeren Stahlschutzplanken durch Betongleitwände	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reparaturen in verkehrsamen Zeiten</li> <li>- Verkehrsführung über Standstreifen</li> <li>- Schadensregulierungen über Schätzwerte ohne Behebung aller Bagatellschäden</li> </ul>
Schleifenreparaturen	Überholstreifen Fahrstreifen	Verwendung von Ferndetektoren	Verkehrsführung über Standstreifen
Reparatur bzw. Wartung von Fahrbahnübergängen	Überholstreifen Fahrstreifen	Verwendung von Ferndetektoren	Reparaturen in verkehrsamen Zeiten, ggf. in der Nacht  Verkehrsführung über Standstreifen
Mäharbeiten	Überholstreifen	Geringe Mutterbodenandekung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mähhäufigkeit minimieren</li> <li>- Mähen in verkehrsamen Zeiten bei Tageslicht</li> <li>- Fließende Verkehrsführung über Standstreifen</li> </ul>
Gehölzpflege	Überholstreifen	Verwendung pflegeleichter Bepflanzung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- verbesserte Mechanisierung</li> <li>- Pflege in verkehrsamen Zeiten</li> <li>- Verkehrsführung über Standstreifen</li> </ul>

Art der Arbeit	Gesperter Streifen	Ansätze zur Verringerung von Verkehrsbeeinträchtigungen	
		Ausbau- Ausstattungsstandard	Betriebsdienst Verkehrstechnik
Markierungsarbeiten	Überhol-, Fahr- streifen	Verwendung hochwertiger Markierungsstoffe	Markierungsarbeiten in verkehrsarmen Zeiten, in der Nacht (mit geeigneten Stoffen) nur in Verbindung mit anderen Arbeiten
Reinigung von: z. B.	Überhol- streifen		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbundarbeit soweit wie möglich</li> <li>- Verkehrsführung über Standstreifen</li> </ul>
- Randmarkierung			
- Entwässerungseinrichtungen		Pflegeleichte Entwässerungseinrichtungen	
- Beschilderung		Pflegeleichte Beschilderung, begehbare Schilderbrücken	- Arbeiten in verkehrsarmen Zeiten
Bankettarbeiten	Überhol- streifen	Geringe Mutterbodenandeckung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verkehrsführung über Standstreifen</li> <li>- Arbeiten in verkehrsarmen Zeiten</li> </ul>
Schneepfähle setzen und einholen	Überhol- streifen	Dauereinrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbundarbeit</li> <li>- Arbeiten in verkehrsarmen Zeiten bzw. nachts</li> </ul>
Einrichtung von Verkehrsführungen für Baustellen	Überhol-, Fahr- streifen	Verwendung von handhabbarem und sicherem Material	Arbeiten in verkehrsarmen Zeiten

**Leistungsheft**  
**für den**  
**Straßenbetriebsdienst**  
**auf Bundesfernstraßen**

**Leistungsbereich 1:**  
**Sofortmaßnahmen am Straßenkörper**



## Übersicht

	Seite
<b>Allgemeine Anforderungen</b>	1.2
<b><i>Befestigte Flächen</i></b>	
Leistung 1.01: Schäden an Fahrbahnen beseitigen	1.3
Leistung 1.02: Schäden an befestigten Radwegen beseitigen	1.3
Leistung 1.03: Schäden an nicht befahrenen, befestigten Flächen beseitigen	1.4
<b><i>Unbefestigte Flächen</i></b>	
Leistung 1.04: Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen	1.4
Leistung 1.05: Mängel an steinschlaggefährdeten Felshängen beseitigen	1.5
<b><i>Ingenieurbauwerke</i></b>	
Leistung 1.06: Schäden an Ingenieurbauwerken und deren Entwässerungseinrichtungen beseitigen	1.5
<b><i>Entwässerungseinrichtungen</i></b>	
Leistung 1.07: Schäden an Straßenrinnen und befestigten Straßengräben beseitigen	1.7
Leistung 1.08: Mängel an unbefestigten Gräben und Mulden beseitigen	1.8
Leistung 1.09: Mängel an unbefestigten Seiten-, Mittel- und Trennstreifen beseitigen	1.8
Leistung 1.10: Schäden an Rohrleitungen und Durchlässen beseitigen	1.9
Leistung 1.11: Schäden an Straßenabläufen und Schächten beseitigen	1.10
Leistung 1.12: Schäden an Rückhalteanlagen und Versickeranlagen beseitigen	1.11
<b>Bezugsquellen der zitierten Regelwerke</b>	1.14

## **Allgemeine Anforderungen**

- (1) Sofortmaßnahmen am Straßenkörper sind örtlich begrenzte Reparaturarbeiten kleinen Umfangs und Absicherungen, infolgedessen unmittelbar Gefahren für den Verkehrsteilnehmer abgewehrt werden und die Straße in einen verkehrssicheren Zustand versetzt werden kann. Die Absicherungsarbeiten sind der jeweiligen Leistung zuzuordnen.
- (2) Die Zielsetzung von Sofortmaßnahmen richtet sich nach folgenden Kriterien:
  - Gewährleistung der Sicherheit und Befahrbarkeit für den Nutzer,
  - Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Straße für den Baulastträger.
- (3) Zum Straßenkörper zählen hierbei insbesondere der Erdkörper, die Verkehrsanlagen und die Kunstbauten.
- (4) Die Ausführung von Sofortmaßnahmen an der Straße richtet sich nach den einschlägigen Technischen Regelwerken.
- (5) Bei allen Leistungen ist die Arbeitsstelle abzusichern. Hierzu sind die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)“ bzw. die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)“ in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Durch die Wahl des Zeitpunktes für die Durchführung einer Leistung ist sicherzustellen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsablaufes nicht mehr als notwendig beeinträchtigt wird.
- (6) Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Sicherheitsregeln der zuständigen Unfallversicherungsträger sind zu beachten.
- (7) Im Rahmen der Durchführung von Sofortmaßnahmen sind die am Ende dieses Kapitels aufgeführten Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

## ***Befestigte Flächen***

### **Leistung 1.01: Schäden an Fahrbahnen beseitigen**

- (1) Bei verkehrsgefährdenden Schäden an Fahrbahnen ist unmittelbar ein verkehrssicherer Zustand herzustellen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Verkehrsgefährdende Schäden können sein:
  - Schlaglöcher,
  - Ecken- und Kantenabbrüche,
  - Stufenbildung in Längs- und/oder Querrichtung bei Betonfahrbahnen,
  - Verdrückungen und Verwerfungen,
  - Pflasterschäden.
- (2) Der Fahrbahn werden im Rahmen dieser Leistung die Fahr-, Stand- und Randstreifen, Rampen und Parallelfahrbahnen, die Durchfahrt von Rastanlagen einschließlich der Bordsteine und die Stell- und Fahrbahnflächen von Parkplätzen sowie die Verkehrsflächen von Busbuchten zugerechnet.

### **Leistung 1.02: Schäden an befestigten Radwegen beseitigen**

- (1) Bei verkehrsgefährdenden Schäden an Radwegen ist unmittelbar ein verkehrssicherer Zustand herzustellen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Verkehrsgefährdende Schäden können sein:
  - Schlaglöcher, Längs- und Querrisse,
  - fehlende Pflastersteine bei Pflasterbelägen,
  - starke Hebungen und Senkungen des Belages, z. B. durch Wurzelwerk,
  - Höhenversatz von Platten oder Pflastersteinen.
- (2) Zu den Radwegen gehören alle befestigten Flächen zur Verbindung von Radwegen untereinander oder mit den Fahrbahnen, insbesondere im Bereich von

Einmündungen und Fahrbahnquerungen. Den Radwegen werden im Rahmen dieser Leistung auch durch Beschilderung oder Markierung als kombinierte Rad-Gehwege ausgewiesene Wege zugeordnet.

**Leistung 1.03: Schäden an nicht befahrenen, befestigten Flächen beseitigen**

- (1) Bei verkehrsgefährdenden Schäden an nicht befahrenen, befestigten Flächen ist entsprechend der Verkehrssicherungspflicht unmittelbar ein verkehrssicherer Zustand herzustellen. Verkehrsgefährdende Schäden können sein:
  - Plattenhebungen und -senkungen,
  - Schlaglöcher,
  - lose Platten oder Pflastersteine.
- (2) Zu den nicht befahrenen, befestigten Flächen gehören Gehwege an Erholungs- und Aufenthaltsflächen auf Rastanlagen, Flächenbefestigungen an Brücken, Aufstellflächen und Zugänge zu Notrufsäulen.

***Unbefestigte Flächen***

**Leistung 1.04: Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen**

- (1) Schäden an unbefestigten Flächen sind zu beseitigen, wenn Verdrückungen und Unebenheiten im Erdreich entstanden sind und diese entweder zur Wasseransammlung führen, Angriffsflächen für Erosion bieten oder die Sicherheit der Benutzer gefährden.
- (2) Zu den unbefestigten Flächen gehören die unbefestigten Seiten-, Mittel- und Trennstreifen und sonstigen unbefestigten Flächen wie z. B. Rasenflächen (Erholungs- und Aufenthaltsflächen) auf Rastanlagen, ungebundene Wege für den Fußgängerverkehr und Böschungen.

**Leistung 1.05: Mängel an steinschlaggefährdeten Felshängen beseitigen**

- (1) Felshänge, von denen eine Gefährdung für Verkehrsteilnehmer durch Stein-  
schlag ausgeht, sind aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Schadens-  
abwehr, einschließlich der vorhandenen Schutzeinrichtungen, regelmäßig zu  
warten.
- (2) Die Wartung umfasst das Entfernen gelockerten Gesteins sowie das Entfernen  
von Bewuchs, wenn er zur Lockerung, Spaltung oder Abplatzung des Gesteins  
führen kann. Die regelmäßige Wartung ist nach Beendigung der Frostperiode  
durchzuführen.  
Diese Leistung kann auch einfache Reparaturen an den Schutzeinrichtungen  
umfassen.

***Ingenieurbauwerke***

**Leistung 1.06: Schäden an Ingenieurbauwerken und deren Entwässerungseinrichtungen beseitigen**

- (1) Schäden an Ingenieurbauwerken und Entwässerungseinrichtungen an Brücken  
sind zu beseitigen, wenn Schäden an Bauteilen bei der planmäßigen Nutzung  
des Bauwerkes zur Gefährdung der Verkehrsteilnehmer auf bzw. unter dem  
Bauwerk führen. Das gilt auch für Personen, Gebäude und Einrichtungen im  
Umfeld des Bauwerkes.

Verkehrsgefährdende Schäden, bei denen in der Regel verkehrsregelnde  
Maßnahmen notwendig sind, können sein:

- Schäden an Haupttraggliedern, die auf Versagen unter Belastung  
schließen lassen (äußere, schwere Beschädigungen, sichtbare Ver-  
formungen, abgesicherte oder deformierte Verbindungsmittel),
- Schäden an Geländern und sonstigen Schutzeinrichtungen, die ihre  
Funktion erheblich beeinträchtigen,

- Bauteile mit Schäden, die durch Herabfallen von Teilen oder durch Einschränkung des Lichtraumes des oberen oder unteren Verkehrsweges durch herausragende Teile eine akute Gefährdung der Verkehrsteilnehmer bewirken.

Sofortmaßnahmen an Einrichtungen zur Oberflächenentwässerung im Bereich der Widerlager, Flügelwände und Stützmauern sind notwendig, wenn deren hydraulische Wirksamkeit nicht mehr gegeben ist und dies zur Erosion führen kann.

Sofortmaßnahmen an Einrichtungen zur Entwässerung des Überbaus sind notwendig, wenn die hydraulische Wirksamkeit nicht mehr gegeben ist und dies zu stehendem Wasser auf der Fahrbahn oder im Winter zu Vereisungen führt.

Sofortmaßnahmen an Brückenabläufen und sich anschließenden Rohrleitungen einschließlich der Reinigungsöffnungen oder Ausdehnungsvorrichtungen sind notwendig, wenn sie Undichtigkeiten aufweisen oder verstopft sind.

Sofortmaßnahmen an Befestigungen von Längs- oder Fallleitungen sind notwendig, wenn eine einwandfreie und betriebssichere Befestigung z. B. aufgrund von Korrosion nicht mehr gewährleistet ist.

- (2) Unter Ingenieurbauwerken werden Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke wie z. B. Trogbauwerke, Stützwände, Lärmschutzwände, Fahrbahnüberdachungen und -lichtschirme, Verkehrszeichen- und Signalbrücken einschließlich Entwässerungseinrichtungen und Pflasterungen verstanden.

Zu den Entwässerungseinrichtungen an Brücken zählen die Brückenabläufe, Sammelleitungen, Längs- und Fallleitungen sowie die Einrichtungen zur Oberflächenentwässerung im Bereich des Überbaus, der Widerlager, Flügelwände und Stützmauern.

## **Entwässerungseinrichtungen**

### **Leistung 1.07: Schäden an Straßenrinnen und befestigten Straßengräben beseitigen**

- (1) Dieser Leistung sind Sofortmaßnahmen geringen Umfanges an Straßenrinnen und befestigten Straßengräben zuzuordnen. Bei Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit sind verkehrsregelnde Maßnahmen durchzuführen.

Sofortmaßnahmen an Straßenrinnen sind notwendig, wenn

- sich zwischen der Rinne und dem restlichen Bauwerk oder zwischen einzelnen Rinnenelementen bzw. Pflastersteinen offene Fugen und damit verbunden Undichtigkeiten gebildet haben,
- sich einzelne Rinnenelemente lösen und keinen Verbund zur übrigen Konstruktion aufweisen und somit zu Unebenheiten, Erosion oder unerwünschtem Eintritt von Wasser in die restliche Konstruktion führen,
- sich z. B. durch Unterspülungen starke Unebenheiten gebildet haben. Für Straßenrinnen in befahrenen Bereichen gelten dabei die Ebenheitsanforderungen für befestigte Flächen.

Sofortmaßnahmen an befestigten Straßenmulden oder -gräben sind notwendig, wenn

- sich zwischen den Muldenelementen, Pflanz- oder Natursteinen offene Fugen gebildet haben, die zur Erosion führen, oder
  - sie Erosion aufweisen. In diesem Fall ist die Reparatur unmittelbar durchzuführen.
- (2) Straßenrinnen im Sinne dieser Leistung sind Straßenrinnen in oder neben einer Verkehrsfläche zum Sammeln und Weiterleiten von Oberflächenwasser. Dazu zählen Bord-, Pendel-, Spitz-, Mulden-, Kasten- und Schlitzrinnen sowie Kas-

kaden und Rigolen. Bei Bordrinnen sind Schäden an den Borden ebenfalls dieser Leistung zuzuordnen.

Unter befestigten Gräben werden im Rahmen dieser Leistung befestigte Mulden und Gräben neben der Straße oder am Fuß von Böschungen zum Sammeln und Weiterleiten von Oberflächenwasser verstanden. Dabei wird zwischen glatter und rauher Sohlbefestigung unterschieden.

**Leistung 1.08: Mängel an unbefestigten Gräben und Mulden beseitigen**

- (1) Dieser Leistung sind Sofortmaßnahmen an unbefestigten Gräben und Mulden zuzuordnen. Mängel an Gräben oder Mulden sind zu beseitigen, wenn
- durch Ablagerungen das Gefälle keine ausreichende hydraulische Wirksamkeit mehr besitzt,
  - Wasseransammlungen entstehen, die zu einer Durchfeuchtung des Untergrundes oder des Nachbargrundstückes führen können,
  - Erosionserscheinungen aufgetreten sind und diese die Substanz des Bauwerks gefährden können.
- (2) Unter Mulden und Gräben werden im Rahmen dieser Leistung unbefestigte Straßenmulden und Gräben neben der Straße oder am Fuß von Böschungen zum Sammeln und Weiterleiten von Oberflächenwasser verstanden.

**Leistung 1.09: Mängel an unbefestigten Seiten-, Mittel- und Trennstreifen beseitigen**

- (1) Dieser Leistung sind Sofortmaßnahmen an unbefestigten Seiten-, Mittel- und Trennstreifen zuzuordnen. Mängel an unbefestigten Seiten-, Mittel- und Trennstreifen sind zu beseitigen, wenn die Höhenanbindung zur Fahrbahn keine ordnungsgemäße Entwässerung der Fahrbahn über diese Flächen mehr zulässt.



Die Entwässerung der Fahrbahn ist vorübergehend durch Stichgräben quer durch das Bankett sicherzustellen.

#### **Leistung 1.10: Schäden an Rohrleitungen und Durchlässen beseitigen**

- (1) Dieser Leistung sind nur Sofortmaßnahmen geringen Umfanges an Rohrleitungen und Durchlässen zuzuordnen. Bei Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit sind verkehrsregelnde Maßnahmen durchzuführen.

Sofortmaßnahmen an Rohr- und Sickerleitungen sind notwendig, wenn

- Undichtigkeiten an Verbindungen, Fugen, Rohrwandung oder Anschlüssen auftreten oder
- Abflusshindernisse, z. B. verfestigte Ablagerungen, die nicht durch Reinigungsmaßnahmen entfernt werden können, die hydraulische Wirksamkeit der Leitung behindern.

Sofortmaßnahmen an Durchlässen sind notwendig, wenn Erosionsschäden an der Bauwerkssohle - insbesondere nach Starkregen - auftreten oder wenn z. B. infolge von Verschleiß die Standsicherheit des Bauwerks beeinträchtigt wird. Sofortmaßnahmen an Sicherungseinrichtungen von Durchlässen (z. B. Geländer, Treppen) sind notwendig, wenn die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer oder des Betriebspersonals beeinträchtigt wird.

- (2) Rohrleitungen sind unterirdische, geschlossene Anlagen zur Wasserableitung. Hierzu zählen auch Sickerleitungen.

Als Durchlässe gelten Bauwerke mit einer Öffnung oder einem lichten Durchmesser von weniger als 2 m, rechtwinklig zwischen den Widerlagern oder Wandungen gemessen, sowie Düker und Amphibiendurchlässe.

### **Leistung 1.11: Schäden an Straßenabläufen und Schächten beseitigen**

- (1) Dieser Leistung sind nur Sofortmaßnahmen geringen Umfanges an Straßenabläufen und an Schächten zuzuordnen. Bei Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit sind verkehrsregelnde Maßnahmen durchzuführen.

Sofortmaßnahmen an Straßenabläufen sind notwendig, wenn eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- Es besteht kein Verbund zwischen dem Bauwerk und dem Aufsatz mehr.
- Es besteht eine Lageabweichung oder eine Höhendifferenz von mehr als 15 mm zwischen dem Aufsatz und dem Bauwerk.
- Das Unterteil des Ablaufs weist Undichtigkeiten auf, die zu Wasseraustritt oder Unterspülungen führen.
- Im Ablauf befinden sich Abflusshindernisse, die nicht durch Reinigungsmaßnahmen entfernt werden können.
- Aufsätze (Roste) für Straßenabläufe sind auszutauschen, wenn sie durch Korrosion oder Bruch so geschädigt sind, dass sie ihre Funktion, vor allem hinsichtlich der Verkehrssicherheit, nicht mehr erfüllen.

Sofortmaßnahmen an Schächten sind notwendig, wenn

- Undichtigkeiten an Fugen, Anschlüssen oder Wandungen auftreten,
- Lageänderungen, z. B. durch Setzungen oder Erosion, auftreten, so dass das Gefälle im Schachtunterteil nicht mehr gewährleistet ist,
- bei begehbaren Schächten der Zustand insbesondere der Steigeisen die Sicherheit des Betriebspersonals nicht mehr gewährleisten kann oder

- Schachtabdeckungen oder deren Einfassungen zerbrochen, lose, verformt oder abgesackt sind.

Schachtabdeckungen sind auszutauschen, wenn sie durch Korrosion oder Beschädigung so beschädigt sind, dass sie den Schacht nicht mehr sicher abdecken.

- (2) Als Straßenabläufe werden alle Einrichtungen zum Aufnehmen und Ableiten von Oberflächenwasser an eine unterirdische Vorflut bezeichnet.  
Zu den Schächten im Sinne dieser Leistung zählen Ablauf-, Absturz- und Prüfschächte.

#### **Leistung 1.12: Schäden an Rückhalteanlagen und Versickeranlagen beseitigen**

- (1) Dieser Leistung sind nur Sofortmaßnahmen geringen Umfanges an Rückhalte- und Versickeranlagen zuzuordnen.

Sofortmaßnahmen an Stauräumen von Rückhalteanlagen sind notwendig, wenn

- Erosionsschäden an den Wandungen, Seitenflächen oder am Boden des Stauraumes auftreten oder
- bauartbedingt vorhandene Abdichtungen Undichtigkeiten aufweisen.

Sofortmaßnahmen an Drosseleinrichtungen von Rückhalteanlagen sind notwendig, wenn

- ihre manuelle Funktion und Bedienung beeinträchtigt ist,
- an ihnen Erosionsschäden auftreten oder
- Rechenanlagen in Zusammenhang mit Drosseleinrichtungen Schäden aufweisen.

Sofortmaßnahmen an Grundablässen von Rückhalteanlagen sind notwendig, wenn

- ihre manuelle Funktion beeinträchtigt ist oder
- an ihnen Erosionsschäden am Grundablass auftreten.

Sofortmaßnahmen an Notüberläufen von Rückhalteanlagen sind notwendig, wenn

- Erosionsschäden insbesondere nach Starkregen auftreten oder
- die hydraulische Wirksamkeit des Notüberlaufes z. B. durch Rutschungen eingeschränkt ist.

Sofortmaßnahmen an Versickerbecken sind notwendig, wenn

- Erosionsschäden an ihren Böschungen auftreten oder
- die Durchlässigkeit durch die Selbstdichtung des Beckenbodens zu gering wird und die hydraulische Wirksamkeit des Versickerbeckens nicht mehr gegeben ist.

Sofortmaßnahmen an Versickerschächten sind notwendig, wenn

- Erosionsschäden ihre Standfestigkeit beeinträchtigen,
- die Filterschicht keine ausreichende Durchlässigkeit mehr aufweist oder
- Schachtabdeckungen zerbrochen, lose, verformt oder abgesackt sind.

Schachtabdeckungen an Versickerschächten sind auszutauschen, wenn ihre Substanz durch Korrosion oder Beschädigung so beschädigt ist, dass ihre Funktion vor allem hinsichtlich der Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet ist.

- (2) Rückhalteanlagen im Sinne dieser Leistung sind Regenrückhaltebecken, Rückhaltegräben und Rückhaltekanäle. Versickeranlagen sind alle baulichen Anlagen zum Einleiten von Wasser in durchlässige Bodenschichten, also Versickermulden, -becken und -schächte.

## **Bezugsquellen der zitierten Regelwerke**

Abwassertechnische Vereinigung, ATV-Arbeitsblatt 140. Regeln für den Kanalbetrieb, Teil 1: Kanalnetz <sup>8)</sup>

Abwassertechnische Vereinigung, Betriebsaufwand für die Kanalisation, ATV-Arbeitsblatt 147. Teil 1: Betriebsaufgaben und Intervalle, Teil 2: Personal-, Fahrzeug- und Gerätebedarf <sup>8)</sup>

DIN 1076, Ingenieurbauwerke im Zuge von Straßen und Wegen - Überwachung und Prüfung <sup>1)</sup>

DIN 18 300, Erdarbeiten <sup>1)</sup>

DIN 18 320, Landschaftsbauarbeiten <sup>1)</sup>

E DIN EN 725, Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden, Teil 5: Sanierung <sup>1)</sup>

Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Entwässerung (RAS-Ew) <sup>2)</sup>

Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) <sup>2)</sup>

Richtlinien zur einheitlichen Erfassung, Bewertung, Aufzeichnung und Auswertung von Ergebnissen der Bauwerksprüfung nach DIN 1076 (Ri-EBW-Prüf) <sup>3)</sup>

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für Ingenieurbauwerke (ZTV-ING) <sup>2)</sup>

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau (ZTV Ew-StB) <sup>2)</sup>

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau (ZTVE) <sup>2)</sup>

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau (ZTV La) <sup>2)</sup>

### Bezugsquellen:

- 1) Beuth Verlag  
Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
- 2) FGSV Verlag GmbH  
Postfach 50 13 62, 50973 Köln
- 3) Verkehrsblatt-Verlag  
Hohe Straße 39, 44139 Dortmund
- 8) Gesellschaft zur Förderung der Abwassertechnik e.V. (GFA)  
Postfach 11

**Leistungsheft  
für den  
Straßenbetriebsdienst  
auf Bundesfernstraßen**

**Leistungsbereich 2:  
Grünpflege**



## Übersicht

	Seite
<b>Vorbemerkung</b>	2.2
<b>Gliederung der Grünflächen</b>	2.2
<b>Allgemeine Anforderungen</b>	2.3
<b><i>Grasflächen im Intensivbereich</i></b>	
Leistung 2.01: Bankette an Fahrbahnen mähen	2.5
Leistung 2.02: Bankette an Radwegen mähen	2.6
Leistung 2.03: Mittel- und Trennstreifen zwischen Fahrbahnen mähen	2.6
Leistung 2.04: Sichtfelder im Bereich von Knotenpunkten mähen	2.7
Leistung 2.05: Straßenmulden und Entwässerungsgräben mähen	2.7
Leistung 2.06: Erholungs- und Aufenthaltsflächen mähen	2.8
<b><i>Grasflächen im Extensivbereich</i></b>	
Leistung 2.07: Grasflächen außerhalb des Straßenrandbereiches mähen	2.8
Leistung 2.08: Rückhalte-, Absetz- und Versickerbecken mähen	2.9
Leistung 2.09: Mähen entlang von Wildschutz- und Amphibienleiteinrichtungen	2.9
<b><i>Gehölze im Intensivbereich</i></b>	
Leistung 2.10: Gehölze im Straßenrandbereich zurückschneiden	2.10
Leistung 2.11: Gehölze in Mittel- und Trennstreifen zwischen Fahrbahnen zurückschneiden	2.10 <i>NA</i>
Leistung 2.12: Gehölze an Erholungs- und Aufenthaltsflächen zurückschneiden	2.11 <i>NE</i>
<b><i>Gehölze im Extensivbereich</i></b>	
Leistung 2.13: Gehölze außerhalb des Straßenrandbereiches pflegen	2.11
<b><i>Einzelbäume und Alleen</i></b>	
Leistung 2.14: Bäume pflegen	2.12
Leistung 2.15: Bäume sanieren oder fällen	2.12
<b>Bezugsquellen der zitierten Regelwerke</b>	2.14

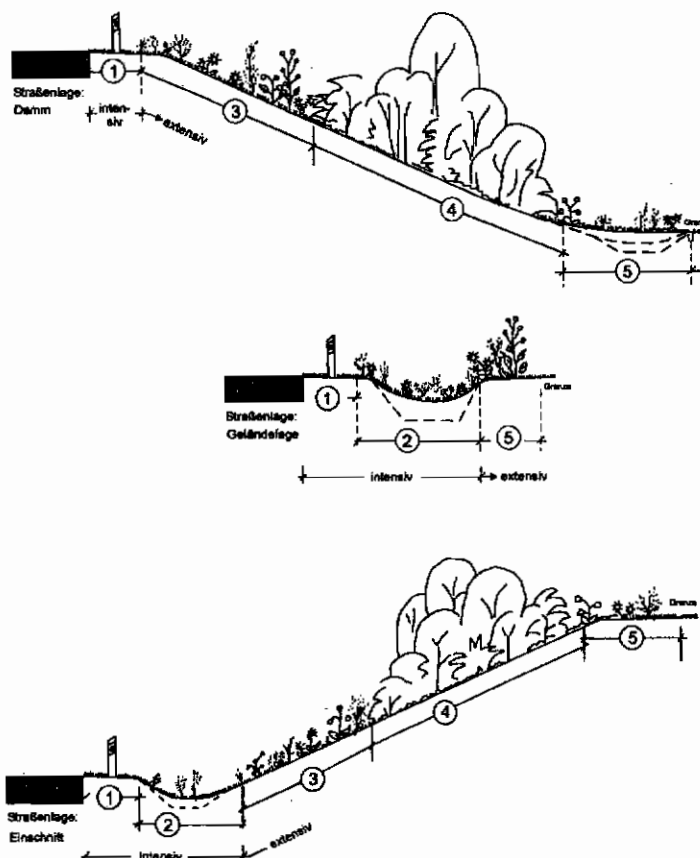
## Vorbemerkung

Grünpflegearbeiten im Rahmen des Straßenbetriebsdienstes haben vor allem dazu beizutragen, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und den Bestand des Bauwerks Straße durch Schutz vor Erosion zu erhalten. Um den vielfältigen Anforderungen an die Grünflächen bei Minimierung des Pflegeaufwandes gerecht zu werden, ist eine differenzierte Grünpflege notwendig.

## Gliederung der Grünflächen

Die vorhandenen Grünflächen sind - entsprechend der differenzierten Grünpflege - im Rahmen der Bestandsdatenerhebung in Grasflächen (intensiv und extensiv), Gehölzflächen (intensiv und extensiv) und Einzelbäume und Alleen zu unterteilen.

Die Grasflächen sind je nach Lage zur Straße und spezieller Funktion in unterschiedlicher Intensität zu pflegen und daher in Intensiv- und Extensivbereiche zu gliedern.



Der Intensivbereich umfasst die Grasflächen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit oder des Erholungsbedarfes der Verkehrsteilnehmer niedrig zu halten und daher häufiger zu mähen sind. Hierzu zählen Grasflächen auf unbefestigten Seitenstreifen (Banketten), Trennstreifen, Mittelstreifen und Sichtflächen sowie in Gräben und Mulden im Anschluss an Bankette, ferner auf Erholungsflächen von Rastanlagen. Der Extensivbereich umfasst alle anderen Grasflächen auf Seitenstreifen, Böschungen und Innenflächen in Anschlussstellen, die aus Gründen der Landschaftspflege und/oder des Nachbarschaftsrechtes zu mähen sind.

Die Gehölzflächen sind je nach Lage zur Straße und spezieller Funktion in unterschiedlicher Intensität zu pflegen. Ein regelmäßiger Rückschnitt ist an Gehölzflächen im Straßenrandbereich (Fahrbahnrand, Trennstreifen, Sichtflächen, Mittelstreifen) zur Freihaltung der Sichtflächen und des Lichtraumprofils erforderlich.

Ausgleichs- und Ersatzflächen sind dem Extensivbereich (Grasflächen/Gehölzflächen) zuzuordnen.

### **Allgemeine Anforderungen**

- (1) Die Grünpflege erfolgt in der Reihenfolge ihrer Bedeutung unter folgenden Kriterien:
  1. Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, insbesondere durch Freihalten der Sichtfelder.
  2. Ingenieurbiologische Sicherung des Straßenkörpers durch Schutz gegen Erosion.
  3. Schutz der Anlieger vor Emissionen und optischen Beeinträchtigungen.
  4. Erhaltung der landschaftspflegerischen Funktionen durch Erhaltung der Lebensräume für Pflanzen und Tiere.
  5. Gewährleistung der Nutzung von Aufenthalts- und Erholungsflächen für die Verkehrsteilnehmer.
  6. Bestandssicherung der Grünflächen.

Bei der Arbeitsplanung ist die vorgenannte Prioritätenreihung zu beachten.

- (2) Der Bewuchs wird folgendermaßen definiert:
1. Grasflächen: Dichte, festverwachsene Pflanzendecke aus Gräsern und Kräuterarten.
  2. Gehölze: Verholzte Pflanzungen, die sich vom Boden an verzweigen.
  3. Bäume: Verholzte Pflanzen, die einen Stamm und eine Baumkrone entwickeln.
- (3) Die Unterhaltungspflege von Gehölzen beginnt erst nach Beendigung der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege, die im Regelfall für neu angelegte Gehölzflächen einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren umfasst. Fertigstellungs- und Entwicklungspflege sind keine Leistungen des Straßenbetriebsdienstes, sondern dem Bau, d. h. der Herstellung der Gehölzflächen, zuzuordnen.
- (4) Die Unterhaltungspflege an Gehölzflächen soll entsprechend den Landesnaturschutzgesetzen zwischen Oktober und Februar erfolgen. Schnittmaßnahmen an Bäumen sind nach Möglichkeit während der Vegetationszeit auszuführen, da dann die geringsten Folgeschäden auftreten. Bei Dauerfrost unter -5 °C sollen keine Schnittmaßnahmen ausgeführt werden. Ausgenommen hiervon sind Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit oder zur Lebenserhaltung des Baumes kurzfristig erforderlich sind; z. B. die Beseitigung von Unfall- und Unwetterschäden sowie Totholz.
- (5) Zu Grünpflegearbeiten enthält das „Merkblatt für den Unterhaltungs- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Grünpflege“, Hinweise, deren Beachtung empfohlen wird.
- (6) Bei allen Leistungen im Straßenraum ist die Arbeitsstelle abzusichern. Hierzu sind die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)“ bzw. die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)“ in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Durch die Wahl des Zeitpunktes für die Durchführung einer Leistung ist sicherzustellen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsablaufes nicht mehr als notwendig beeinträchtigt wird.

- (7) Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Sicherheitsregeln der zuständigen Unfallversicherungsträger sind zu beachten.
- (8) Das anfallende Mähgut ist soweit möglich zu schlegeln und flächig abzulegen (Mulchen) oder in den angrenzenden Grünstreifen zu verblasen. Nur wenn ein Verstopfen von Entwässerungseinrichtungen, Mäusebefall oder eine zu hohe Nährstoffanreicherung droht, ist das anfallende Mähgut aufzunehmen, abzutransportieren und fachgerecht zu verwerten oder zu entsorgen.
- (9) Die konkreten Anforderungen in der praktischen Anwendung, wie maximale Grashöhe oder Regeltturnus für Mahd und Gehölzpflege ergeben sich vorrangig aus der Verkehrssicherungspflicht. Die erforderlichen Sichtweiten sind gemäß den „Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Linienführung (RAS-L)“ und „Teil: Knotenpunkte, (RAS-K)“ zu gewährleisten. Ergänzende Anforderungen an die Leistungen enthalten die Leistungsbeschreibungen, die auch eine detaillierte Einteilung der Grünflächen beinhalten.
- (10) Im Rahmen der Durchführung von Grünpflegemaßnahmen sind die am Ende dieses Kapitels aufgeführten Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

### ***Grasflächen im Intensivbereich***

#### **Leistung 2.01: Bankette an Fahrbahnen mähen**

- (1) Das Gras auf dem Bankett ist für die Freihaltung der Sicht und den besseren Wasserabfluss durch Mähen niedrig zu halten.
- (2) Das Bankett ist in der Regel auf einer Breite von mindestens 1 m unmittelbar neben der befestigten Fahrbahn zu mähen.
- (3) Das anfallende Schnittgut verbleibt soweit möglich auf der gemähten Fläche. Ein zusätzlicher Freischnitt um Leit- und Schutzplankenpfosten herum ist nicht erforderlich.

### **Leistung 2.02: Bankette an Radwegen mähen**

- (1) Das Gras auf dem Bankett an Radwegen ist für die Freihaltung der Sicht, den besseren Wasserabfluss und zur Vermeidung von Behinderungen durch abknickendes Gras zu mähen.
- (2) Das Bankett ist in der Regel auf einer Breite von mindestens 0,60 m zu mähen. Den Radwegen werden im Rahmen dieser Leistung auch durch Beschilderung oder Markierung als kombinierte Rad-Gehwege ausgewiesene Wege zugeordnet.
- (3) Die Grashöhe soll 50 cm nicht überschreiten. Das anfallende Schnittgut verbleibt auf der gemähten Fläche. Ein zusätzlicher Freischnitt um Pfosten von Schutzeinrichtungen, Verkehrszeichen und andere Hindernisse herum ist nicht erforderlich.

### **Leistung 2.03: Mittel- und Trennstreifen zwischen Fahrbahnen mähen**

- (1) Das Gras an Mittel- und Trennstreifen ist in dem Streifen zwischen Schutzplankenholm und Fahrbahnrand für die Freihaltung der Sicht und den besseren Wasserabfluss regelmäßig zu mähen.
- (2) Das anfallende Schnittgut verbleibt soweit möglich auf der gemähten Fläche.

#### **Leistung 2.04: Sichtfelder im Bereich von Knotenpunkten mähen**

- (1) Aus Gründen der Verkehrssicherheit sind die erforderlichen Sichtweiten gemäß den „Richtlinien für die Anlage von Straßen“, Teil: Linienführung (RAS-L) und Teil: Knotenpunkte (RAS-K) zu gewährleisten. Das Gras ist auf den dafür vorzuhaltenden Sichtfeldern durch Mähen niedrig zu halten.
- (2) Sichtfelder sind u. a. Flächen:
  - neben den Einmündungsbereichen plangleicher Knotenpunkte (Sichtdreieck),
  - an Überquerungsstellen für Fußgänger und Radfahrer,
  - im Einfahrbereich von Einfahrampen planfreier Knoten,
  - im Kurveninnenbereich von Einfahrampen planfreier Knoten.
- (3) Das anfallende Schnittgut verbleibt auf der gemähten Fläche. Ein zusätzlicher Freischnitt um Leit- und Schutzplankenpfosten herum ist nicht erforderlich.

#### **Leistung 2.05: Straßenmulden und Entwässerungsgräben mähen**

- (1) Das Gras auf Böschungen von Entwässerungsgräben sowie in Straßenmulden ist aus Gründen der Sicht und/oder des Wasserabflusses durch Mähen möglichst niedrig zu halten.
- (2) In der Regel sind die Böschungen von Entwässerungsgräben auf einer Breite von je 1 m, Straßenmulden auf einer Gesamtbreite von 2 m zu mähen.
- (3) Das anfallende Schnittgut verbleibt soweit möglich auf der gemähten Fläche.

### **Leistung 2.06: Erholungs- und Aufenthaltsflächen mähen**

- (1) Das Gras auf Rastanlagen ist nur auf den Erholungs- und Aufenthaltsflächen regelmäßig zu mähen, um eine ungehinderte Nutzung durch die Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten und der Verschmutzung vorzubeugen.
- (2) Erholungs- und Aufenthaltsflächen sind kleine Teilbereiche der Grasflächen auf Rastanlagen, auf denen Ausstattungsgegenstände wie z. B. Tische und Bänke oder Spielgeräte bereitgestellt werden.
- (3) Die Grashöhe soll 15 cm nicht überschreiten. Die Schnitthöhe ist möglichst gering zu halten. Das anfallende Schnittgut verbleibt auf der gemähten Fläche.

### ***Grasflächen im Extensivbereich***

### **Leistung 2.07: Grasflächen außerhalb des Straßenrandbereiches mähen**

- (1) Grasflächen außerhalb des Straßenrandbereiches sind aus landschaftspflegerischen, ingenieurb biologischen oder nachbarschaftsrechtlichen Gründen zu mähen.
- (2) Diese Grasflächen umfassen z. B. Böschungen, Abstandsflächen zu Nachbargrundstücken und Randbereiche an Rastanlagen sowie Ausgleichs- und Ersatzflächen.
- (3) Eine Mahd ist bei aufkommender Verbuschung erforderlich. Das anfallende Schnittgut verbleibt auf der gemähten Fläche.



**Leistung 2.08: Rückhalte-, Absetz- und Versickerbecken mähen**

- (1) Das Mähen der Grasflächen von Entwässerungseinrichtungen in Erdbauweise (Rückhalte-, Absetz- und Versickerbecken) ist notwendig, um die den Grasflächen zugedachten entwässerungstechnischen Funktionen in vollem Umfang zu erhalten und eine umfassende Kontrolle und Wartung der Einrichtungen zu gewährleisten.
- (2) Diese Leistung umfasst alle Grasflächen von Entwässerungseinrichtungen in Erdbauweise (Rückhalte-, Absetz- und Versickerbecken).
- (3) Eine Mahd ist nur in Einzelfällen notwendig. Das anfallende Schnittgut verbleibt auf der gemähten Fläche.

**Leistung 2.09: Mähen entlang von Wildschutz- und Amphibienleiteinrichtungen**

- (1) Das Mähen entlang von Wildschutz- und Amphibienleiteinrichtungen ist notwendig, um die Wirksamkeit dieser Einrichtungen in vollem Umfang zu erhalten.
- (2) Der Mähbereich umfasst die unmittelbaren Grasflächen entlang der Schutz- bzw. Leiteinrichtungen. Das anfallende Schnittgut verbleibt auf der gemähten Fläche.

### ***Gehölze im Intensivbereich***

#### **Leistung 2.10: Gehölze im Straßenrandbereich zurückschneiden**

- (1) Gehölze im Straßenrandbereich dürfen aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht in das Lichtraumprofil und in Sichtflächen hineinragen. Die erforderlichen Haltesichtweiten sind gemäß den Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Linienführung (RAS-L) und Teil: Knotenpunkte, (RAS-K) zu gewährleisten. Die Sicht auf Verkehrszeichen muss immer gewährleistet werden.
- (2) Gehölze im Straßenrandbereich können sein:
  - Gehölzstreifen,
  - geschlossene Gehölzflächen,
  - bodendeckende Strauchflächen.
- (3) Gehölze müssen bei Bedarf seitlich gekürzt werden. Dabei ist der typische Habitus der Gehölze zu erhalten. Sofern ein dreijähriger Turnus nicht ausreicht, sind die Gehölze auszudünnen oder zu entfernen.  
Das anfallende Schnittgut ist wirtschaftlich zu verwerten (Schreddern und Mulchen, Energiegewinnung, Verkauf).

#### **Leistung 2.11: Gehölze in Mittel- und Trennstreifen zwischen Fahrbahnen zurückschneiden**

- (1) Gehölze in Mittel- und Trennstreifen dürfen aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht in das Lichtraumprofil hineinragen.
- (2) Die Bepflanzung in Mittel- und Trennstreifen umfasst nur die Fläche zwischen Schutzplankenholmen oder Betonschutzwänden.

- (3) Gehölze müssen bei Bedarf gekürzt werden. Hierfür genügt im Allgemeinen der Horizontalschnitt. Sofern ein dreijähriger Turnus nicht ausreicht, sind die Gehölze zu entfernen. Das anfallende Schnittgut ist wirtschaftlich zu verwerten (Schreddern und Mulchen, Energiegewinnung, Verkauf).

#### **Leistung 2.12: Gehölze an Erholungs- und Aufenthaltsflächen zurückschneiden**

- (1) Um der Erholungs- und Aufenthaltsfunktion gerecht zu werden, sind die Gehölze, die unmittelbar an die Grasflächen der Erholungs- und Aufenthaltsflächen auf Rastanlagen angrenzen, zurückzuschneiden.
- (2) Die Gehölze sind bei Bedarf seitlich zu kürzen. Dabei ist der typische Habitus der Gehölze zu erhalten. Sofern ein fünfjähriger Turnus nicht ausreicht, sind die Gehölze ausdünnen oder zu entfernen. Das anfallende Schnittgut ist wirtschaftlich zu verwerten (Schreddern und Mulchen, Energiegewinnung, Verkauf).

#### ***Gehölze im Extensivbereich***

#### **Leistung 2.13: Gehölze außerhalb des Straßenrandbereiches pflegen**

- (1) Gehölze außerhalb des Straßenrandbereiches sind nur dann zu pflegen, wenn von ihnen Gefahren gegenüber Dritten ausgehen. Entlang der Anliegergrenzen ist das Nachbarschaftsrecht zu beachten. Damit nicht jährlich ein Rückschnitt erforderlich wird, sind die Gehölze hier entsprechend weit zurückzuschneiden. Dabei ist der typische Habitus der Gehölze zu erhalten.
- (2) Gehölze außerhalb des Straßenrandbereiches befinden sich z. B. auf/an:
  - Böschungen,
  - Rastanlagen,
  - Wildschutzzäunen,

- Ausgleichs- und Ersatzflächen,
- Rückhalte- und Versickerbecken.

Hierzu gehören auch Knicks (bepflanzte Erdwälle). Die landesspezifischen Anforderungen für die Behandlung von Knicks sind zu beachten.

- (3) Das anfallende Schnittgut ist wirtschaftlich zu verwerten (Schreddern und Mulchen, Energiegewinnung, Verkauf).

### ***Einzelbäume und Alleen***

#### **Leistung 2.14: Bäume pflegen**

- (1) Zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und der Baumerhaltung sind Bäume zu pflegen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Einhaltung von Lichtraumprofil, Haltesichtweite, Anfahr- und Annäherungssicht. Die Beseitigung von Schäden an Bäumen, die z. B. nach extremen Witterungsereignissen auftreten sind ebenfalls dieser Leistung zuzuordnen.
- (2) Die Baumpflege im Rahmen dieser Leistung ist auf Bäume, die am Fahrbahnrand und auf Rastanlagen stehen, anzuwenden.
- (3) Die entfernten Gehölzbestandteile sind wirtschaftlich zu verwerten (Schreddern und Mulchen, Energiegewinnung, Verkauf).

#### **Leistung 2.15: Bäume sanieren oder fällen**

- (1) Wenn ein Baum durch äußere Einwirkungen, Schädlingsbefall oder durch Krankheit geschädigt ist, kann eine Baumsanierung erforderlich werden, um Verkehrsgefährdungen auszuschließen. Bäume sind nur dann zu fällen, wenn durch eine Baumsanierung keine bzw. nur eine kurzfristige Erhaltung des Baumes möglich ist oder wenn die Baumsanierung mit wirtschaftlich nicht vertretbarem Aufwand erfolgen müsste. Die Entscheidung ist im Einzelfall zu tref-

fen. Zwingend durchzuführende Nachpflanzungen sind dieser Leistung zuzuordnen.

- (2) Zur Baumsanierung zählen alle Maßnahmen, bei deren Unterlassung Lebensfähigkeit oder Standfestigkeit des Baumes oder wesentlicher Teile erheblich gefährdet sind. Die Baumsanierung hat zum Ziel, den Baum und seine wesentlichen Teile dauerhaft zu erhalten.
- (3) Maßnahmen zur Beseitigung von äußerlich erkennbaren Baumschäden sind möglichst kurzfristig durchzuführen, so dass eine weitergehende Schädigung des Baumes verhindert wird.

Bei der Baumfällung ist der Baumstumpf nur dann zu entfernen, wenn mit einer Verkehrsgefährdung durch den verbleibenden Baumstumpf, z. B. für abkommende Fahrzeuge zu rechnen ist. Ein zu entfernender Baumstumpf im Bereich von Grasflächen ist so tief abzufräsen, dass ein Austreiben unterbleibt.

## **Bezugsquellen der zitierten Regelwerke**

Merkblatt für den Unterhaltungs- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Grünpflege <sup>1)</sup>

Richtlinien für die Anlage von Landstraßen, Teil: Knotenpunkte, Abschnitt 2: Planfreie Knotenpunkte (RAS-K-2) <sup>1)</sup>

Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Knotenpunkte, Abschnitt 1: Plangleiche Knotenpunkte (RAS-K-1) <sup>1)</sup>

Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Linienführung (RAS-L) <sup>1)</sup>

Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) <sup>1)</sup>

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflegearbeiten im Straßenbau (ZTV Baum-StB 04) <sup>2)</sup>

### **Bezugsquellen:**

1) FGSV Verlag GmbH  
Postfach 50 13 62, 50973 Köln

2) Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung  
Landschaftsbau e. V. - FLL  
Colmantstraße 32, 53115 Bonn

**Leistungsheft  
für den  
Straßenbetriebsdienst  
auf Bundesfernstraßen**

**Leistungsbereich 3:  
Wartung und Instandhaltung  
der Straßenausstattung**

## Übersicht

	Seite
<b>Allgemeine Anforderungen</b>	3.2
<b>Verkehrszeichen</b>	3.3
Leistung 3.01: Verkehrszeichen instand halten	3.3
<b>Leit- und Schutzeinrichtungen</b>	3.4
Leistung 3.02: Leitpfosten instand halten	3.4
Leistung 3.03: Stationierungszeichen instand halten	3.4
Leistung 3.04: Passive Schutzeinrichtungen instand halten	3.5
Leistung 3.05: Wild- und Amphibienschutzzäune instand halten	3.5
<b>Rastanlagen</b>	3.6
Leistung 3.06: WC-Anlagen unbewirtschafteter Rastanlagen instand halten	3.6
Leistung 3.07: Weitere Ausstattung von Rastanlagen instand halten	3.7
<b>Elektrotechnische Anlagen</b>	3.7
Leistung 3.08: Wechselverkehrszeichenanlagen (WVA) warten und instand halten	3.7
Leistung 3.09: Lichtsignalanlagen (LSA) warten und instand halten	3.8
Leistung 3.10: Beleuchtungsanlagen warten und instand halten	3.8
Leistung 3.11: Betriebstechnische Anlagen in und an Tunneln warten und instand halten	3.9
Leistung 3.12: Taumittelsprühanlagen (TMS) warten und instand halten	3.10
Leistung 3.13: Straßenzustands- und Wetter-Informationssysteme (SWIS) warten und instand halten	3.10
Leistung 3.14: Pumpanlagen warten und instand halten	3.11
Leistung 3.15: Telekommunikationsanlagen an BAB warten und instand halten	3.12
<b>Weitere Ausstattung</b>	3.12
Leistung 3.16: Sonstige Straßenausstattung warten und instand halten	3.12
<b>Bezugsquellen der zitierten Regelwerke</b>	3.14



## Allgemeine Anforderungen

- (1) Die Straßenausstattung ist zu warten und instand zu halten. Die Wartung und Instandhaltung der Straßenausstattung umfasst örtlich begrenzte Reparaturarbeiten kleinen Umfangs und Absicherungen, infolgedessen unmittelbar Gefahren für den Verkehrsteilnehmer abgewehrt werden und die Straße in einen verkehrssicheren Zustand versetzt werden kann. Die Absicherungsarbeiten sind der jeweiligen Leistung zuzuordnen.
- (2) Leistungen an der Straßenausstattung werden in der Reihenfolge ihrer Bedeutung nach folgenden Kriterien durchgeführt:
  1. Vermeidung von unmittelbaren Gefährdungen für Verkehrsteilnehmer, Nutzer, Betreiber oder Dritte infolge mangelnder Standsicherheit oder abgängiger Teile.
  2. Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch einen anforderungsgerechten Zustand der Straßenausstattung.
  3. Substanzerhalt der Straßenausstattung.
  4. Gewährleistung einer uneingeschränkten Nutzung der Rastanlagen.

Bei der Leistungserstellung ist die vorgenannte Prioritätenreihung zu beachten.
- (3) Bei allen Leistungen im Straßenraum ist die Arbeitsstelle abzusichern. Hierzu sind die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)“ bzw. die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)“ in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Durch die Wahl des Zeitpunktes für die Durchführung einer Leistung ist sicherzustellen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsablaufes nicht mehr als notwendig beeinträchtigt werden.
- (4) Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Sicherheitsregeln der zuständigen Unfallversicherungsträger sind zu beachten.

- (5) Bei elektrischen Anlagen sind die VDE-Vorschriften zu beachten. Es dürfen keine Gefährdungen durch lose oder stromführende Teile auftreten.
- (6) Im Rahmen der Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sind die am Ende dieses Kapitels aufgeführten Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

### **Verkehrszeichen**

#### **Leistung 3.01: Verkehrszeichen Instand halten**

- (1) Verkehrszeichen sind instand zu halten, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Hierbei muss die Standsicherheit und Erkennbarkeit von Verkehrszeichen gewährleistet sein. Schäden am Fundament, an der Aufstellvorrichtung (Rohrpfosten, Rohrrahmen, Rohrschellen, Klemmschellen) und den Verkehrszeichen sowie mangelhafte Befestigungen einzelner Teile, durch die die Sicherheit gefährdet ist, sind zu beheben. Die Erkennbarkeit von Verkehrszeichen darf nicht durch mechanische Beschädigungen, Korrosion oder Unebenheit beeinträchtigt sein. Die Erkennbarkeit der Verkehrszeichen bei Tag und bei Nacht ist zu gewährleisten.
- (2) Verkehrszeichen im Sinne dieser Leistung sind alle amtlichen senkrechten Verkehrszeichen und die ausgewählten Verkehrseinrichtungen Zeichen 605 StVO und Zeichen 625 StVO.

Nicht Gegenstand dieser Leistung ist die Instandhaltung der Wechselverkehrszeichengeber (Leistung 3.08). Hinweiszeichen für Tankstellen, Werkstätten, sonstige Anlagen und Veranstaltungen sowie das Zeichen 386 StVO "touristischer Hinweis" sind nur dann dieser Leistung zuzuordnen, wenn durch Ablösung die entsprechenden Unterhaltungsleistungen vom Straßenbaulastträger übernommen wurden.

- (3) Verkehrszeichen müssen jederzeit so zur Fahrbahn ausgerichtet sein, dass sie durch die Verkehrsteilnehmer gesehen, wahrgenommen und erkannt werden können. Falsch ausgerichtete Verkehrszeichen sind zu richten. Bei Verkehrszeichen mit Beleuchtung sind Leuchtmittel und Starter jährlich vor der Winterperiode auszuwechseln. Hierbei sind die Verkehrszeichen innen zu reinigen.

### **Leit- und Schutzeinrichtungen**

#### **Leistung 3.02: Leitpfosten instand halten**

- (1) Leitpfosten sind zur Sicherstellung der Leitwirkung instand zu halten, wenn durch Beschädigungen die Sichtbarkeit des Tageskennzeichens bzw. der Reflektoren nicht mehr gewährleistet ist.
- (2) Leitpfosten im Sinne dieser Leistung ist das Zeichen 620 StVO.
- (3) Leitpfosten sollen senkrecht und gut ausgerichtet stehen.  
Leitpfosten, die den vorgenannten Anforderungen aufgrund von Beschädigungen oder Verschleiß nicht entsprechen oder fehlen, sind innerhalb von 10 Werktagen zu reparieren oder zu erneuern.

#### **Leistung 3.03: Stationierungszeichen instand halten**

- (1) Stationierungszeichen sind instand zu halten um ihre Sichtbarkeit und Lesbarkeit bei Tag zu gewährleisten.
- (2) Stationierungszeichen im Sinne dieser Leistung sind Stationszeichen des Netzknoten- und Stationierungssystems, Kilometrierungstafeln (500 m-Tafeln) sowie Schilder mit Bauwerksdaten.
- (3) Stationierungszeichen sollen senkrecht und gut ausgerichtet stehen.

**Leistung 3.04: Passive Schutzeinrichtungen instand halten**

- (1) Passive Schutzeinrichtungen sind instand zu halten, damit von der Fahrbahn abkommende Fahrzeuge möglichst so umgelenkt werden, dass sie an der Schutzeinrichtung entlang gleiten und zum Stehen kommen. Ist diese Funktionsweise durch Beschädigung nicht mehr gewährleistet, so sind sie zu reparieren oder zu erneuern. Bei Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit ist ein verkehrssicherer Zustand unmittelbar, ggf. durch verkehrsregelnde Maßnahmen, wiederherzustellen.

Beschädigungen können sein:

- Durchbiegungen,
- Verwindungen,
- Risse,
- Falten,
- Deformationen,
- Abplatzungen.

- (2) Zu den passiven Schutzeinrichtungen zählen u. a. Schutzplanken, Betonschutzwände und Anpralldämpfer.

**Leistung 3.05: Wild- und Amphibienschutzzäune instand halten**

- (1) Wild- und Amphibienschutzzäune sind instand zu halten, um Wild und Amphibien sicher von der Straße fernzuhalten.  
Die Standsicherheit von Wildschutzzäunen ist zu gewährleisten. Sie sollen so beschaffen sein, dass keine unmittelbaren Verletzungsgefahren für das Wild auftreten.
- (2) Zu den Wildschutzzäunen gehören Tore und Türen; zu den Amphibienschutzzäunen gehören Leit- und Sperreinrichtungen.

- (3) Maßnahmen der Grünpflege, die im Bereich der Leit- und Sperreinrichtungen zum Wild- bzw. Amphibienschutz notwendig sind, sind den Leistungen 2.09 bzw. 2.13 zuzuordnen.

Wildschutzzäune, einschließlich Tore und Türen, die den vorgenannten Anforderungen aufgrund von Beschädigungen oder Verschleiß nicht entsprechen, sollen innerhalb von 3 Monaten repariert oder erneuert werden.

Die Amphibienschutzzäune sollen rechtzeitig vor der Amphibienwanderung repariert oder erneuert werden. Während der Wanderungsperiode sind notwendige Maßnahmen innerhalb von einer Woche durchzuführen.

### **Rastanlagen**

#### **Leistung 3.06: WC-Anlagen unbewirtschafteter Rastanlagen instand halten**

- (1) WC-Anlagen unbewirtschafteter Rastanlagen müssen voll funktionsfähig, standsicher, weitgehend frei von Beschädigungen und ansehnlich sein.  
Die Instandhaltung der WC-Anlage schließt den Ersatz einzelner Bauteile, z. B. Griffe, Scharniere, Lampen, Schalter und einzelner Ausstattungsgegenstände ein.
- (2) Wesentliche Anlagenteile einer WC-Anlage sind die bauliche Anlage sowie die Ausstattung mit fest installierten Einbauten, wie Sanitär- und Elektroinstallation, Anlagen der Wasserver- und -entsorgung.
- (3) Anlagen oder Anlagenteile, die nicht mehr standsicher sind oder von denen eine erhebliche Gefährdung für Nutzer oder Betreiber ausgeht, sind zu reparieren oder zu sperren. Bei Anlagen oder Anlagenteilen, die für eine Nutzung gesperrt, nicht mehr uneingeschränkt nutzbar, erheblich beschädigt oder unansehnlich sind, soll der Mangel innerhalb von 4 Wochen soweit möglich behoben werden. Weitergehende Maßnahmen sollen innerhalb von 3 Monaten erfolgen.

**Leistung 3.07: Weitere Ausstattung von Rastanlagen instand halten**

- (1) Die weitere Ausstattung von Rastanlagen muss standsicher, gefahrlos benutzbar, voll funktionsfähig und frei von Beschädigungen sein.  
Die Instandhaltung der Ausstattung schließt den Ersatz einzelner Ausstattungsgegenstände ein.
- (2) Die weitere Ausstattung von Rastanlagen umfasst vor allem Tische, Bänke, Spielplatzausstattungen, Zäune, Geländer und Abfallbehälter.
- (3) Ausstattungsgegenstände, die für eine Nutzung gesperrt, nicht mehr uneingeschränkt nutzbar, erheblich beschädigt oder unansehnlich sind, sollen innerhalb von 3 Monaten instand gesetzt oder erneuert werden.

***Elektrotechnische Anlagen***

**Leistung 3.08: Wechselverkehrszeichenanlagen (WVA) warten und instand halten**

- (1) Zur Vorsorge gegen Störungen sind WVA regelmäßig zu warten. Die Wartung kann auch die Reinigung schwer zugänglicher Anlagenteile beinhalten.
- (2) WVA im Sinne dieser Leistung sind u. a. Anlagen zur Netz-, Strecken- und Knotenpunktsbeeinflussung, zur Nebel-, Geschwindigkeits- und Stauwarnung sowie zur Fahrstreifenzuteilung. WVA im Bereich von Tunneln werden bei Leistung 3.11 berücksichtigt. Wesentliche Anlagenteile von WVA sind Wechselverkehrszeichengeber, Erfassungsgeräte für Verkehr und Umfeld, Einrichtungen zur Datenverdichtung und -verarbeitung, Übertragungseinrichtungen, Steuerungs- und Schalteinrichtungen sowie Einrichtungen zur Betriebsüberwachung. Leistungen an Aufstellvorrichtungen für Wechselverkehrszeichengeber über der Fahrbahn (Verkehrszeichenbrücken und Auslegermaste) sind dieser Leistung nicht zuzuordnen.
- (3) Die Instandhaltung umfasst die Reparatur der Anlagenteile einer WVA sowie die Behebung von Störungen, Eingriffe in das System, Zwangsabschaltungen,

Fehlerbeseitigungen nach Störungen und visuelle Prüfungen nach Störungsbehebungen. Sie schließt die Erneuerung einzelner Bauteile vorgenannter Anlagenteile, wie Lampen, Sensoren und Kabel ein. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen und die Inbetriebnahme neuer sowie das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind nicht Gegenstand dieser Leistung. Dem Kostenträger Wechselverkehrszeichenanlagen sind auch die Betriebskosten der Anlage zuzurechnen.

**Leistung 3.09: Lichtsignalanlagen (LSA) warten und instand halten**

- (1) Durch Wartung und Instandhaltung sind die laufende Funktionsfähigkeit und die Standsicherheit der LSA zu gewährleisten. Zur Wartung gehört auch die Reinigung der Signalgeber.
- (2) LSA im Sinne dieser Leistung sind LSA außerhalb der Tunnel. Wesentliche Anlagenteile von LSA sind Lichtsignalgeber, Lichtsignalgebermasten, Erfassungsgeräte für Verkehr, Übertragungseinrichtungen, Steuerungs- und Schalteinrichtungen sowie Einrichtungen zur Betriebsüberwachung.
- (3) Die Instandhaltung umfasst die Reparatur der Anlagenteile einer LSA, die Behebung von Störungen, Eingriffe in das System, Zwangsabschaltungen, Fehlerbeseitigungen nach Störungen und visuelle Prüfungen nach Störungsbehebungen. Sie schließt die Erneuerung einzelner Bauteile vorgenannter Anlagenteile, wie Lampen, Sensoren, Kabel ein. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen und die Inbetriebnahme neuer sowie das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind nicht Gegenstand dieser Leistung. Dem Kostenträger Lichtsignalanlagen sind auch die Betriebskosten der Anlage zuzurechnen.

**Leistung 3.10: Beleuchtungsanlagen warten und instand halten**

- (1) Die Funktionsfähigkeit und Standsicherheit der Beleuchtungsanlagen ist zu gewährleisten.

- (2) Beleuchtungsanlagen sind alle Beleuchtungsanlagen außerhalb von Tunneln, z. B. auf Rastanlagen, Grenz- und Zollanlagen sowie Brückenbauwerken. Beleuchtungsanlagen in Tunneln werden bei Leistung 3.11 berücksichtigt. Wesentliche Bestandteile von Beleuchtungsanlagen sind Leuchten, einschließlich ihrer Aufstellvorrichtungen, Verteilungsnetz sowie Steuerungs- und Schalteinrichtungen.
- (3) Die Anlagenteile der Beleuchtungsanlagen sind regelmäßig zu warten.  
Die Instandhaltung umfasst die Reparatur der Anlagenteile und schließt die Erneuerung einzelner Bauteile, wie Lampen, Sensoren und Kabel ein. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen und die Inbetriebnahme neuer sowie das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind nicht Gegenstand dieser Leistung.  
Dem Kostenträger Beleuchtungsanlagen sind auch die Betriebskosten der Anlage zuzurechnen.

**Leistung 3.11:            Betriebstechnische Anlagen in und an Tunneln warten und instand halten**

- (1) Zur Vorsorge gegen Störungen sind die betriebstechnischen Anlagen in und an Tunneln regelmäßig zu warten und instand zu halten.
- (2) Betriebstechnische Anlagen sind insbesondere Beleuchtung, Lüftung, Verkehrsleitanlagen, Sicherheits- und Kommunikationsanlagen sowie zentrale Anlagen (Stromversorgung, Überwachung und Steuerung des Verkehrs und von betriebstechnischen Anlagen) im und am Tunnel.
- (3) Die Instandhaltung umfasst die Reparatur der betriebstechnischen Anlagen. Sie schließt die Erneuerung einzelner Bauteile vorgenannter Anlagenteile, wie Lampen, Sensoren und Kabel ein. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen und die Inbetriebnahme neuer sowie das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind nicht Gegenstand dieser Leistung.  
Art und Umfang der erforderlichen Wartungsarbeiten sind in dem Betriebskonzept festgelegt.



Dem Kostenträger betriebstechnische Anlagen in und an Tunneln sind auch die Betriebskosten der Anlage zuzurechnen.

#### **Leistung 3.12            Taumittelsprühanlagen (TMS) warten und instand halten**

- (1) Die Funktionsfähigkeit von Taumittelsprühanlagen ist zwischen dem 01. Oktober und dem 30. April zu gewährleisten.
- (2) Wesentliche Anlagenteile von TMS sind Glättemeldeanlage (Sensoren zur Erfassung von Fahrbahnzustand und atmosphärischen Bedingungen, Einrichtungen zur Datenübertragung und -verarbeitung), elektronische Steuerungseinrichtungen und ein hydraulisches System (Pumpen, Taumittellager, Taumittelleitungen, Sprüheinheiten).
- (3) Die Anlage ist bis zum 30. September zu warten und es sind ggf. notwendige Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen.

Die Instandhaltung umfasst die Reparatur von TMS, einschließlich der Erneuerung einzelner Bauteile, wie Sensoren, Ventile, Leitungen und Düsenköpfe. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen neuer und das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind dieser Leistung nicht zuzuordnen.

Dem Kostenträger Taumittelsprühanlagen sind auch die Betriebskosten der Anlage zuzurechnen.

#### **Leistung 3.13:            Straßenzustands- und Wetter-Informationssysteme (SWIS) warten und instand halten**

- (1) Die Funktionsfähigkeit der Straßenzustands- und Wetter-Informationssysteme ist zu gewährleisten.
- (2) Wesentliche Anlagenteile von SWIS sind Sensoren der Glättemeldeanlagen (GMA) zur Erfassung von Fahrbahnzustand und atmosphärischen Bedingungen sowie Einrichtungen zur Betriebsüberwachung, Datenübertragung und -verarbeitung (SWIS-Unterzentralen, SUZ). Dieser Leistung sind auch Wartung und Instandhaltung von GMA, der SWIS-Rechnerzentralen (SRZ) und der zent-

ralen Einrichtungen des SWIS zuzuordnen, soweit sie nicht in anderen elektrotechnischen Anlagen (Wechselverkehrszeichen-, Taumittelsprühanlagen etc.) integriert sind.

- (3) Die laufende Betriebsfähigkeit ist zwischen 01. Oktober und 30. April zu gewährleisten. Hierfür ist die Anlage bis zum 30. September zu warten und es sind ggf. notwendige Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen.
- Die Instandhaltung umfasst die Reparatur einschließlich der Erneuerung einzelner Bauteile, wie Sensoren und Leitungen. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen neuer und das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind dieser Leistung nicht zuzuordnen.

#### **Leistung 3.14:           Pumpanlagen warten und instand halten**

- (1) Die Funktions- und Leistungsfähigkeit von Pumpanlagen ist zu gewährleisten.
- (2) Zu Pumpanlagen gehören Bauteile zur Wasserförderung, die dem Straßenbetriebsdienst des Straßenbaulastträgers zugeordnet sind. Sie umfassen insbesondere die hydraulischen, elektrotechnischen und elektronischen Einrichtungen sowie die zugehörigen Hochbauten und baulichen Anlagen, sofern sie nicht dem Leistungsbereich 1 zugeordnet werden können.
- (3) Die Instandhaltung umfasst die Reparatur von Pumpanlagen einschließlich der Erneuerung einzelner Bauteile, wie Ventile, Leitungen, Steuerungs- und Überwachungseinrichtungen. Die Erneuerung ganzer Anlagenteile, das Aufstellen neuer und das ersatzlose Entfernen vorhandener Anlagenteile sind nicht Gegenstand dieser Leistung.
- Dem Kostenträger Pumpanlagen sind auch die Betriebskosten der Anlage zuzurechnen.

**Leistung 3.15:           Telekommunikationsanlagen an BAB warten und Instand halten**

- (1) Die Betriebssicherheit der Telekommunikationsanlagen an BAB ist zu gewährleisten.
- (2) Telekommunikationsanlagen sind Einrichtungen, die zur Versorgung (Anschaltung) der einzelnen betriebs- und verkehrstechnischen Dienste und Anlagenteile, die der Aufnahme, Weitergabe und Rückmeldung von Notrufen und dem Betriebsdienst dienen. Wesentliche Bestandteile der Telekommunikationsanlagen sind die Streckenfernmelde- und Lichtwellenleiterkabel einschließlich Kabelhäusern und Kabelschächten, digitale und analoge Übertragungseinrichtungen, Steuerungs- und Vermittlungseinrichtungen sowie Einrichtungen zur Betriebsüberwachung und die Notrufsäulen, die Notrufsystemtechnik, Steuerungs- und Schalteinrichtungen, Stromversorgungseinrichtungen sowie Techniken der Betriebsüberwachung (Störungsmanagement).  
Betriebsfernsprechanlagen und Funkanlagen sind Hilfsleistungen und dieser Leistung nicht zuzuordnen.
- (3) Die Beseitigung von Störungen an Telekommunikationsanlagen ist unverzüglich einzuleiten.  
Die Instandhaltung der Telekommunikationsanlagen umfasst die Reparatur der Anlagenteile, die Behebung von Störungen und die Fehlerbeseitigung nach Störungen. Sie schließt die Erneuerung einzelner Bauteile vorgenannter Anlagenteile und kurzer Kabellängen ein.

**Weitere Ausstattung**

**Leistung 3.16           Sonstige Straßenausstattung warten und Instand halten**

- (1) Die sonstige Straßenausstattung muss gewartet und instand gehalten werden um die Standsicherheit zu gewährleisten.

- (2) Die sonstige Straßenausstattung umfasst die Ausstattung und Anlagen, die dem Straßenbetriebsdienst des Straßenbaulastträgers zugeordnet sind und keiner der anderen Leistungen des Leistungsbereiches 3 zuzuordnen sind, z. B. Bewässerungsanlagen an Lärmschutzwänden, sonstige Verkehrsdetektoren und die stationären Brückeninspektionsgeräte.

## **Bezugsquellen der zitierten Regelwerke**

Allgemeine Technische Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Telekommunikationslinien (ATB Tele-Stra) als Anlage zum Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau, Nr. 38/1996 <sup>10)</sup>

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) <sup>10)</sup>

Anforderungen an die Notrufeinrichtung für den Einsatz an Bundesautobahnen (ANE\_90) <sup>6)</sup>

DIN 6163, Teil 5, Farben und Farbgrenzen für Signallichter <sup>1)</sup>

DIN 6171, Teil 1, Aufsichtfarben für Verkehrszeichen <sup>1)</sup>

DIN 66 021 Teil 2, Schnittstelle zwischen DEE und DÜE bis 1200 bit/s in Fernsprechnetzen <sup>1)</sup>

DIN 66 205 Teil 2, Elektrische Eigenschaften der Schnittstellenleitungen, Doppelstrom, unsymmetrisch bis 20 kbit/s <sup>1)</sup>

DIN 67 520, Teil 2, Retroreflektierende Materialien zur Verkehrssicherung <sup>1)</sup>

DIN 67 520, Teil 3, Lichttechnische Mindestanforderungen an Nachtkennzeichen für Leitposten und an Fahrbahnmarkierungen im Straßenverkehr <sup>1)</sup>

DIN 67 524, Beleuchtung von Straßentunnel und Unterführungen <sup>1)</sup>

DIN 67 527 Teil 1 und Teil 2, Lichttechnische Eigenschaften von Signallichtern im Verkehr, <sup>1)</sup>

DIN EN 12677, Blendschutzsysteme - Prüfverfahren <sup>1)</sup>

DIN / ISO 7498, Kommunikation offener Systeme <sup>1)</sup>

DIN VDE 0832, Straßenverkehrs-Signalanlagen <sup>1)</sup>

DIN VDE 0878 Teil 3 (EN 55 022), Elektromagnetische Verträglichkeit von Einrichtungen der Informationsverarbeitungs- und Telekommunikationstechnik, Grenzwerte und Messverfahren für Funkstörungen von informationstechnischen Einrichtungen; Deutsche Fassung EN 55 022 <sup>1)</sup>

Güteanforderungen an Standard-Verkehrszeichen für ortsfeste Beschilderung mit Prüfvorschriften <sup>5)</sup>

Hinweise für die Wahl und Bauart von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen hinsichtlich ihrer lichttechnischen Eigenschaften <sup>2)</sup>

IEC-TC 57, Telecontrol, Teleprotection and Associated Telecommunications für Electric Power Systems <sup>1)</sup>

Industrie-Norm für Aufstellvorrichtungen von Standard-Verkehrszeichen (IVZ-Norm 93) <sup>2)</sup>

Merkblatt über Detektoren für den Straßenverkehr <sup>2)</sup>

Pflichtenhefte für Streckenfernmeldekanal der Deutschen Bundesbahn <sup>11)</sup>

Planungsgrundsätze "Datenfernübertragungs-Netz für verkehrstechnische Informationsverarbeitung" <sup>6)</sup>

Richtlinien für das Verlegen und Anbringen von Leitungen an Brücken (RI-LEI-BRÜ) <sup>10)</sup>

Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT) <sup>2)</sup>

Richtlinien für die Beleuchtung von Verkehrsanlagen an Bundesautobahnen

Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) <sup>2)</sup>

Richtlinien für die wegweisende Beschilderung auf Bundesautobahnen (RWBA) <sup>3)</sup>

Richtlinien für Lichtsignalanlagen (RiLSA) <sup>2)</sup>

Richtlinien für passive Schutzeinrichtungen an Straßen (RPS) einschließlich Ergänzungen <sup>2)</sup>

Richtlinien für Umleitungsbeschilderungen (RUB) <sup>3)</sup>

Richtlinien für Wechselverkehrszeichen an Bundesfernstraßen (RWVZ) <sup>3)</sup>

Richtlinien für Wechselverkehrszeichenanlagen an Bundesfernstraßen (RWVA) <sup>3)</sup>

Richtlinien für Wildschutzzäune an Bundesfernstraßen (WSchZR) <sup>3)</sup>

Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 16. November 1970 (BGBl. I S. 1.565, 1971 I S. 38) zuletzt geändert durch die Verordnung vom 18. Juli 1995 (BGBl. I S. 935) <sup>10)</sup>

Technische Lieferbedingungen für Schutzplankenpfostenummantelungen (TL-SPU) <sup>2)</sup>

Technische Lieferbedingungen für Stahlschutzplanken an Bundesfernstraßen (TL-SP) <sup>3)</sup>

Technische Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen (TL-Transportable Schutzeinrichtungen) <sup>2)</sup>

Technische Lieferbedingungen für Streckenstationen (TLS) <sup>3)</sup>

VDE 0800, Bestimmungen für Errichtung und Betrieb von Fernmeldeanlagen einschließlich Informationsverarbeitungsanlagen <sup>1)</sup>

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für passive Schutzeinrichtungen an Straßen (ZTV-PS) <sup>2)</sup>

#### Bezugsquellen:

- 1) Beuth Verlag  
Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
- 2) FGSV Verlag GmbH  
Postfach 50 13 62, 50973 Köln
- 3) Verkehrsblatt-Verlag  
Hohe Straße 39, 44139 Dortmund
- 5) Güteschutzgemeinschaft Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen e.V.  
Zehlendorfer Straße 24, 58079 Hagen
- 6) Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
Postfach 20 01 00, 53170 Bonn
- 10) Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH  
Breite Straße 78-80, 50667 Köln

**Leistungsheft  
für den  
Straßenbetriebsdienst  
auf Bundesfernstraßen**

**Leistungsbereich 4:  
Reinigung**



## Übersicht

	Seite
<b>Allgemeine Anforderungen</b>	4.2
<b><i>Kehren</i></b>	4.3
Leistung 4.01: Fahrbahnränder und Standstreifen kehren	4.3
Leistung 4.02: Befestigte Mittel- und Trennstreifen kehren	4.4
Leistung 4.03: Befahrbare Verkehrsflächen im Bereich von Rastanlagen kehren	4.4
Leistung 4.04: Radwege kehren	4.5
Leistung 4.05: Begehbare befestigte Flächen kehren	4.5
Leistung 4.06: Verkehrsbehindernde oder -gefährdende Verschmutzungen auf Verkehrsflächen beseitigen	4.6
<b><i>Entwässerungseinrichtungen reinigen</i></b>	4.6
Leistung 4.07: Befestigte Straßenmulden und -gräben sowie Böschungsrinnen reinigen	4.6
Leistung 4.08: Sonderrinnen reinigen	4.7
Leistung 4.09: Straßenabläufe reinigen	4.7
Leistung 4.10: Schächte reinigen	4.7
Leistung 4.11: Rohrleitungen reinigen	4.8
Leistung 4.12: Durchlässe und Düker reinigen	4.8
Leistung 4.13: Sonstige Entwässerungseinrichtungen reinigen	4.9
<b><i>Bauwerke und Straßenausstattung reinigen</i></b>	4.9
Leistung 4.14: WC-Anlagen unbewirtschafteter Rastanlagen reinigen	4.9
Leistung 4.15: Brückenbauwerke reinigen	4.10
Leistung 4.16: Tunnel reinigen	4.10
Leistung 4.17: Verkehrszeichen reinigen	4.10
Leistung 4.18: Leitpfosten reinigen	4.11
Leistung 4.19: Bemalungen entfernen	4.11
<b><i>Abfallbeseitigung</i></b>	4.11
Leistung 4.20: Abfallbehälter leeren	4.11
Leistung 4.21: Abfälle und Müllablagerungen entlang der Strecke einsammeln und entsorgen	4.12
Leistung 4.22: Abfälle und Müllablagerungen an Park- und Rastanlagen einsammeln und entsorgen	4.12
<b>Bezugsquellen der zitierten Regelwerke</b>	4.13

## Allgemeine Anforderungen

- (1) Die Aufgaben der Reinigung sind in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit wie folgt definiert:
  1. Die Verkehrssicherheit ist durch Beseitigen verkehrsbehindernder Verunreinigungen von Verkehrsflächen, Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie durch das Beseitigen von Verunreinigungen, welche die Funktionsfähigkeit der Entwässerungseinrichtungen beeinträchtigen, sicherzustellen. Auf sonstigen Flächen, beispielsweise Gehwegflächen auf Rastplätzen, sind Verunreinigungen aus Gründen der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht zu beseitigen.
  2. Die Funktionsfähigkeit der Entwässerungseinrichtungen ist durch Reinigungsmaßnahmen sicherzustellen, um die Substanz der Bauwerke zu sichern.
  3. Zur Bewahrung eines sauberen Erscheinungsbildes sind Verunreinigungen, insbesondere hygienisch bedenkliche, zu beseitigen, da ein unsauberes Erscheinungsbild weitere Abfallablagerungen fördert.
- (2) Zu Reinigungsarbeiten enthält das „Merkblatt für den Unterhaltungs- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Reinigung“, Hinweise, deren Beachtung empfohlen wird.
- (3) Bei allen Leistungen im Straßenraum ist die Arbeitsstelle abzusichern. Hierzu sind die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)“ bzw. die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)“ in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Durch die Wahl des Zeitpunktes für die Durchführung einer Leistung ist sicherzustellen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsablaufes nicht mehr als notwendig beeinträchtigt wird.

- (4) Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Sicherheitsregeln der zuständigen Unfallversicherungsträger, insbesondere die Unfallverhütungsvorschrift Straßenreinigung (GUV 7.9) sowie die einschlägigen Verordnungen und Vorschriften zur Behandlung von Gefahrstoffen, insbesondere von wassergefährdenden und gesundheitsschädlichen Stoffen sind zu beachten.
- (5) Die ordnungsgemäße Entsorgung des aufgenommenen Kehr- oder Reinigungsgutes sowie der eingesammelten Abfälle ist sicherzustellen.
- (6) Umweltbelastende Reinigungsmittel, z. B. Tenside, sind zu vermeiden.
- (7) Für die Beseitigung von Verunreinigungen, die nicht aus Anlass des Gemeingebrauchs entstanden sind oder über das aus Anlass des Gemeingebrauchs übliche Maß hinausgehen, z. B. Verschmutzung der Fahrbahnen im Baustellenbereich oder durch Landwirtschaft sowie Bemalungen, sind die Aufwendungen nach Möglichkeit Dritten in Rechnung zu stellen.
- (8) Im Rahmen der Durchführung von Reinigungsarbeiten sind die am Ende dieses Kapitels aufgeführten Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

### ***Kehren***

#### **Leistung 4.01:           Fahrbahnränder und Standstreifen kehren**

- (1) Fahrbahnränder und Standstreifen sind zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Entwässerungseinrichtungen und aus Gründen der Verkehrssicherheit zu kehren. Durch das Kehren sollen alle sichtbaren Verunreinigungen (mineralische und organische Ablagerungen, Abfälle) beseitigt werden.

- (2) Dieser Leistung ist das Kehren der Randstreifen, Bordrinnen und Straßenrinnen (Sonderrinnen siehe 4.08) sowie die Zu-, Ab- und Durchfahrten zu Park- und Rastanlagen zuzuordnen. Verkehrsflächen im Bereich von Rastanlagen sind nicht Gegenstand dieser Leistung, sondern Leistung 4.03 zuzuordnen.
- (3) Soweit erforderlich, sind für das Entfernen von Bewuchs in den Bordrinnen geeignete Wildkrautbürsten einzusetzen. Bei trockener Witterung sind die zu kehrenden Flächen anzufeuchten, um das verkehrsbehindernde Aufwirbeln von Staub zu vermeiden.

**Leistung 4.02: Befestigte Mittel- und Trennstreifen kehren**

- (1) Befestigte Mittel- und Trennstreifen sind zur Erhaltung eines sauberen Erscheinungsbildes zu kehren. Durch das Kehren sollen auf der gesamten Fläche alle sichtbaren Verunreinigungen (lockere mineralische und organische Ablagerungen, Abfälle) beseitigt werden.
- (2) Zu den befestigten Mittel- und Trennstreifen gehören vergleichbare nicht befahrbare befestigte Flächen entlang der Strecke, z. B. im Bereich von Brücken und zwischen passiven Schutzeinrichtungen und Lärmschutzwänden.

**Leistung 4.03: Befahrbare Verkehrsflächen im Bereich von Rastanlagen kehren**

- (1) Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Entwässerungseinrichtungen sowie aus Gründen der Verkehrssicherheit und zur Erhaltung eines sauberen Erscheinungsbildes sind die befahrbaren Verkehrsflächen im Bereich von Rastanlagen zu kehren. Durch das Kehren sollen alle sichtbaren Verunreinigungen (lockere mineralische und organische Ablagerungen, Abfälle) beseitigt werden.
- (2) Zu den Verkehrsflächen im Bereich von Rastanlagen gehören die Fahrgassen und Parkflächen.

- (3) Bei trockener Witterung sind die zu kehrenden Flächen anzufeuchten, um das verkehrsbehindernde Aufwirbeln von Staub zu vermeiden.

#### **Leistung 4.04: Radwege kehren**

- (1) Radwege außerhalb von Ortsdurchfahrten sind aus Gründen der Verkehrssicherheit zu kehren. Durch das Kehren sollten alle sichtbaren Verunreinigungen (lockere mineralische und organische Ablagerungen, Scherben, spitze oder scharfkantige Gegenstände, Abfälle) beseitigt werden.
- (2) Zu den Radwegen werden im Rahmen dieser Leistung auch durch Beschilderung oder Markierung als kombinierte Rad- Gehwege ausgewiesene Wege zugeordnet.
- (3) Radwege sind auf der durch den Verkehrsteilnehmer genutzten Breite zu kehren.

#### **Leistung 4.05: Begehbare befestigte Flächen kehren**

- (1) Um Beeinträchtigungen der Hygiene zu vermeiden, sowie ein sauberes Erscheinungsbild zu bewahren, sind begehbare befestigte Flächen zu kehren und alle sichtbaren Verunreinigungen (lockere mineralische und organische Ablagerungen, Abfälle) zu beseitigen. Dadurch wird auch einer stärkeren Zunahme der Verunreinigung durch weggeworfene Abfälle vorgebeugt.
- (2) Begehbare befestigte Flächen sind Personenaufstellflächen an Bushaltestellen, Fußgängerquerungshilfen, Treppen, Aufstellflächen für Abfallbehälter, sowie alle weiteren befestigten Flächen, die nicht regelmäßig befahren werden. An Rastanlagen zählen hierzu alle Gehwege, befestigte Aufenthalts- und Erholungsflächen und die Einrichtungsgegenstände.

**Leistung 4.06: Verkehrsbehindernde oder -gefährdende Verschmutzungen auf Verkehrsflächen beseitigen**

- (1) Verkehrsbehindernde oder -gefährdende Verschmutzungen auf Verkehrsflächen sind zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit oder zur Vermeidung von Umweltschäden zu beseitigen. Die Gefahrenstelle ist unverzüglich abzusichern; dies gilt insbesondere, wenn mit dem Beseitigen der Verschmutzung nicht sofort begonnen werden kann. Verkehrsbehindernde oder -gefährdende Verschmutzungen auf Verkehrsflächen sind vollständig zu beseitigen.
- (2) Verkehrsbehindernde oder -gefährdende Verschmutzungen können z. B. sein: Öl, Scherben, angeschwemmter Boden, Geröll, Kies, Kadaver, Ladungsverluste. Hierzu gehören auch umweltgefährdende Verschmutzungen, die von Verkehrsflächen aus ins Erdreich oder in Gewässer gelangen können.
- (3) Ausgelaufene Kraftstoffe, Öle oder Chemikalien geringen Umfangs sind mittels zugelassener Reinigungsverfahren zu behandeln. Reinigungsrückstände sind aufzunehmen und fachgerecht zu entsorgen.

**Entwässerungseinrichtungen reinigen**

**Leistung 4.07: Befestigte Straßenmulden und -gräben sowie Böschungsrinnen reinigen**

- (1) Befestigte Straßenmulden und -gräben sowie Böschungsrinnen sind zu reinigen, wenn es aufgrund von Ablagerungen oder aufgrund von Bewuchs in den Fugen der Befestigung zu sichtbarem Wasserstau kommt.
- (2) Entnommene mineralische Ablagerungen oder Biomasse sind unter Beachtung der Abfall- und Umweltgesetze sowie anderer geltender Bestimmungen außerhalb der Straßenmulde oder des Straßengrabens abzulagern. Andernfalls ist das entnommene Material aufzunehmen und fachgerecht zu entsorgen.

**Leistung 4.08:            Sonderrinnen reinigen**

- (1)     Zur Gewährleistung des ungehinderten Wasserabflusses sind feste Ablagerungen aus Sonderrinnen zu entfernen.
- (2)     Zu den Rinnen dieser Leistung gehören Schlitz- und Kastenrinnen.

**Leistung 4.09:            Straßenabläufe reinigen**

- (1)     Straßenabläufe sind zu reinigen, um das ungehinderte Abfließen des Oberflächenwassers sicherzustellen.
- (2)     Als Straßenabläufe im Sinne dieser Leistung gelten auch Ablaufschächte, sofern ihre Funktion als Ablauf betroffen ist. Die Reinigung von Ablaufschächten im Hinblick auf ihre Funktion als Kontrollschacht ist nicht Gegenstand dieser Leistung, sondern der Leistung 4.10 zuzuordnen.
- (3)     Die Reinigung von Straßenabläufen besteht aus dem Entleeren des Schlamm-eimers (Trockenschlamm) bzw. Schlammfangs (Nassschlamm) und, soweit erforderlich, dem Reinigen des Aufsatzes.

**Leistung 4.10:            Schächte reinigen**

- (1)     Schächte sind aus Gründen der Arbeitssicherheit zu reinigen.
- (2)     Als Schächte im Sinne dieser Leistung gelten Kontrollschächte, Ablaufschächte und Absturzschächte
- (3)     Die Reinigung eines Schachtes besteht aus dem Säubern (Abspritzen) der Schachtwände und Steighilfen, dem Reinigen der Auflagerflächen der Schachtabdeckung und dem Entleeren des Schmutzfängers. Die Reinigung der Schmutzfänger von Ablaufschächten ist Gegenstand der Leistung 4.09.

#### **Leistung 4.11: Rohrleitungen reinigen**

- (1) Rohrleitungen sind zur Erhaltung der hydraulischen Leistungsfähigkeit zu reinigen, wenn Ablagerungen (Versanden, Verschlammen, Algenbewuchs, Krustenbildung) oder Durchwurzelung zum Wasserrückstau führen. Eine Reinigung ist auch erforderlich, wenn wassergefährdende Stoffe in die Rohrleitungen gelangt sind.
- (2) Rohrleitungen im Sinne dieser Leistung sind Sammelleitungen, Huckepackleitungen, Teilsickerrohrleitungen, Sickerrohrleitungen und nicht begeh- oder bekriechbare Rohrdurchlässe (Höhe bis 80 cm und Breite bis 60 cm).
- (3) Das Reinigen von Rohrleitungen umfasst das Durchspülen zum Entfernen lockerer Ablagerungen sowie das Entfernen von festen Ablagerungen und Durchwurzelungen.

#### **Leistung 4.12: Durchlässe und Düker reinigen**

- (1) Durchlässe sind zur Erhaltung der hydraulischen Leistungsfähigkeit zu reinigen, wenn der Wasserabfluss durch Ablagerungen (Versanden, Verschlammen, Algenbewuchs, Krustenbildung) oder Durchwurzelung beeinträchtigt ist.
- (2) Als Durchlässe gelten Bauwerke mit einer Öffnung oder einem lichten Durchmesser von weniger als 2 m, rechtwinklig zwischen den Widerlagern oder Wandungen gemessen. Düker und Amphibiendurchlässe sind Durchlässe im Sinne dieser Leistung.
- (3) Das Reinigen umfasst das Entfernen lockerer Ablagerungen sowie das Entfernen von festen Ablagerungen und Durchwurzelungen sowie das Durchspülen von Dükern.



**Leistung 4.13: Sonstige Entwässerungseinrichtungen reinigen**

- (1) Sonstige Entwässerungseinrichtungen sind zu reinigen, um die Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit zu erhalten und eine Wassergefährdung zu vermeiden.
- (2) Sonstige Entwässerungseinrichtungen im Sinne dieser Leistung sind Rückhaltebecken, Versickeranlagen, Absetzbecken und Leichtflüssigkeitsabscheider.
- (3) Die Reinigung umfasst das Entfernen von Abfällen und Ablagerungen. Geringe Verschmutzungen können ausgespült, größere müssen in der Regel entnommen werden. Grobe Schmutzstoffe und Geschiebe dürfen nicht in den Ablauf gespült werden. Reinigungsarbeiten im Wasserbereich von Erdbecken sind aus Gründen des Naturschutzes (Amphibienschutz) nach Möglichkeit im Winter durchzuführen. Schlammfänge sind zu leeren wenn der Schlammfang zu mehr als der Hälfte gefüllt ist.

***Bauwerke und Straßenausstattung reinigen***

**Leistung 4.14: WC-Anlagen unbewirtschafteter Rastanlagen reinigen**

- (1) WC-Anlagen sind zu reinigen, um die Benutzbarkeit und Hygiene sicherzustellen.
- (2) Die Reinigung umfasst die Säuberung der Fußböden, Wände, Türen und Fenster von sichtbaren Verschmutzungen sowie die Reinigung und Desinfektion der sanitären Einrichtungen. Verbrauchsmaterialien (Toilettenpapier, Papierhandtücher, Seife) sind bei Bedarf in ausreichender Menge nachzufüllen. Abfallkörbe sind zu entleeren.
- (3) WC-Anlagen sind mindestens einmal täglich zu reinigen.

**Leistung 4.15:            Brückenbauwerke reinigen**

- (1)    Brückenbauwerke sind zur Funktions- und Bestandssicherung und zur Gewährleistung eines sicheren Zugangs zu reinigen.
- (2)    Zu Brückenbauwerken gehören die Übergangskonstruktionen, Auflagerbänke, Rohrleitungen, Bauwerkstreppen und begehbare Hohlkästen sowie transparente Lärmschutzwände.

**Leistung 4.16:            Tunnel reinigen**

- (1)    Tunnel sind zu reinigen, um die aus Gründen der Verkehrssicherheit erforderliche Leuchtdichte auf der Fahrbahn sicherzustellen. Die Entwässerungseinrichtungen sind zu reinigen, um den ungehinderten Ablauf von Flüssigkeiten, wie z. B. Löschwasser sicherzustellen. Weiterhin ist die sonstige Ausstattung wie Beschilderung, Notrufrischen, Belüftung und Fluchtwege einschließlich Fluchtwegkennzeichnung zu reinigen.
- (2)    Die Tunnelreinigung im Sinne dieser Leistung umfasst das Reinigen der Wände, Beleuchtung, Entwässerungseinrichtungen und sonstigen Ausstattung wie Beschilderung, Notrufrischen, Belüftung und Fluchtwege einschließlich Fluchtwegkennzeichnung.  
Art und Umfang der Reinigung ist in dem Betriebskonzept festgelegt.

**Leistung 4.17:            Verkehrszeichen reinigen**

- (1)    Verkehrszeichen sind zu reinigen, wenn die Erkennbarkeit durch Verschmutzung oder Bemalung stark eingeschränkt ist.
- (2)    Verkehrszeichen sind alle amtlichen senkrechten Verkehrszeichen und die ausgewählten Verkehrseinrichtungen Zeichen 605 StVO und Zeichen 625 StVO. Nicht Gegenstand dieser Leistung ist die Reinigung der Wechselverkehrszeichengeber (Leistung 3.08). Hinweiszeichen für Tankstellen, Werkstätten, sonstige Anlagen und Veranstaltungen sowie des Zeichens 386 StVO "tou-

ristischer Hinweis" sind nur dann dieser Leistung zuzuordnen, wenn durch Ablösung die entsprechenden Unterhaltungsleistungen vom Straßenbaulastträger übernommen wurden.

**Leistung 4.18: Leitpfosten reinigen**

- (1) Leitpfosten sind zur Sicherstellung der Leitwirkung zu reinigen, wenn bei Tag der schwarze Streifen nicht mehr deutlich von der weißen Farbe des Leitpfostens zu unterscheiden ist oder bei Dunkelheit die Reflektoren bei Anstrahlung aus einer Entfernung von 200 m nicht mehr erkennbar sind.
- (2) Ist eine Reinigung des gesamten Leitpfostens, z. B. bei Frost, nicht möglich und seine Tagessichtbarkeit noch ausreichend, müssen nur die Reflektoren gereinigt werden.

**Leistung 4.19: Bemalungen entfernen**

- (1) Bemalungen, die die öffentliche Ordnung stören oder den Verkehrsteilnehmer ablenken, sind zu entfernen. Das Entfernen von Bemalungen auf der Vorderseite von Verkehrszeichen ist Gegenstand von Leistung 4.17 (Verkehrszeichen reinigen).

***Abfallbeseitigung***

**Leistung 4.20: Abfallbehälter leeren**

- (1) Abfallbehälter sind zu leeren, um eine ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen sicherzustellen. Dabei sind alle Abfälle auf den befestigten Aufstellflächen der Abfallbehälter einzusammeln und zu entsorgen.
- (2) Die Häufigkeit des Leerens und die Anzahl der zur Verfügung stehenden Abfallbehälter sind so aufeinander abzustimmen, dass bis zum Leeren möglichst eine ausreichende freie Kapazität verbleibt.

**Leistung 4.21:            Abfälle und Müllablagerungen entlang der Strecke einsammeln und entsorgen**

- (1)    Abfälle und Müllablagerungen entlang der Strecke sind gemäß den abfallrechtlichen Bestimmungen einzusammeln und zu entsorgen. Dieser Leistung sind alle Aufwendungen für das Einsammeln, Transportieren und fachgerechte Entsorgen der Abfälle zuzuordnen.
- (2)    Zu den zu reinigenden Flächen zählen Bankette, Mittel- und Trennstreifen, Gräben und Mulden im Anschluss an Bankette und Sichtfelder im Bereich von Knotenpunkten (Intensivflächen gemäß Leistung 2.01 bis Leistung 2.05).

**Leistung 4.22:            Abfälle und Müllablagerungen an Park- und Rastanlagen einsammeln und entsorgen**

- (1)    Abfälle und Müllablagerungen an Park- und Rastanlagen sind gemäß den abfallrechtlichen Bestimmungen einzusammeln und zu entsorgen. Dieser Leistung sind alle Aufwendungen für das Einsammeln, Transportieren und fachgerechte Entsorgen von Abfällen und Müllablagerungen auf Park- und Rastanlagen zuzuordnen. Das Einsammeln von Abfällen auf den befestigten Aufstellflächen der Abfallbehälter ist Leistung 4.20 zuzuordnen.
- (2)    Zu den zu reinigenden Flächen zählen die Erholungs- und Aufenthaltsflächen (Intensivflächen gemäß Leistung 2.06).

### **Bezugsquellen der zitierten Regelwerke**

DIN 1185, Regelung des Bodenwasserhaushaltes durch Rohrdränung, Rohrlose Dränung und Unterbodenmelioration, Blatt 5 Unterhaltung <sup>1)</sup>

DIN 1999, Abscheider für Leichtflüssigkeiten - Benzinabscheider, Heizölabscheider <sup>1)</sup>

DIN 67 524, Beleuchtung von Straßentunneln und Unterführungen <sup>1)</sup>

DIN 67 527 Teil 1 und Teil 2, Lichttechnische Eigenschaften von Signallichtern im Verkehr <sup>1)</sup>

DIN VDE 0832, Straßenverkehrs-Signalanlagen <sup>1)</sup>

Hinweise zur Abfallentsorgung im Straßenbetriebsdienst <sup>2)</sup>

Merkblatt zum Amphibienschutz an Straßen (MAmS) <sup>2)</sup>

Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) <sup>2)</sup>

Unfallverhütungsvorschrift Straßenreinigung (GUV 7.9) <sup>9)</sup>

### **Bezugsquellen:**

- 1) Beuth Verlag  
Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
- 2) FGSV Verlag GmbH  
Postfach 50 13 62, 50973 Köln
- 9) Bundesverband der Unfallkassen e.V.  
Postfach 90 02 62, 81502 München

**Leistungsheft  
für den  
Straßenbetriebsdienst  
auf Bundesfernstraßen**

**Leistungsbereich 5:  
Winterdienst**

## Übersicht

	Seite
<b>Allgemeine Anforderungen</b>	5.2
<b><i>Streuen</i></b>	5.3
Leistung 5.01: Fahrbahnen einschließlich Standstreifen streuen	5.3
Leistung 5.02: Radwege streuen	5.4
Leistung 5.03: Sonstige Verkehrsflächen streuen	5.4
<b><i>Räumen und Streuen</i></b>	5.5
Leistung 5.04: Fahrbahnen einschließlich Standstreifen räumen und streuen	5.5
Leistung 5.05: Radwege räumen und streuen	5.7
Leistung 5.06: Sonstige Verkehrsflächen räumen und streuen	5.7
Leistung 5.07: Erhebliche Schneeverwehungen beseitigen	5.7
<b><i>Sonstige Winterdienstleistungen</i></b>	5.8
Leistung 5.08: Schneezäune auf- oder abbauen	5.8
Leistung 5.09: Gefahr- und Schneezeichen auf- oder abbauen	5.8
<b>Bezugsquellen der zitierten Regelwerke</b>	5.9

## Allgemeine Anforderungen

- (1) Zielsetzung des Winterdienstes ist es, die Sicherheit des Straßenverkehrs und die Leistungsfähigkeit des vorhandenen Straßennetzes sicherzustellen. Daher besteht die Aufgabe, Verkehrsbehinderungen infolge winterlicher Einflüsse zu vermeiden oder, sofern dies nicht möglich ist, zu reduzieren und zu beseitigen. Der Winterdiensteinsatz soll bei sicherer Vorankündigung, z. B. durch SWIS, bereits rechtzeitig vor Einsetzen der Glättebildung beginnen und möglichst auch abgeschlossen sein.
- (2) Auf den Verkehrsflächen dürfen im Regelfall nur auftauende Streustoffe eingesetzt werden. Auf den Fahrbahnen ist Feuchtsalz zu bevorzugen. Die Streudichte ist so zu wählen, dass eine ausreichende Gefrierpunktabenkung oder Tauwirkung zur schnellen Beseitigung von Glätte erzielt sowie das Festhaften von Schnee verhindert wird. Sie ist bei jedem Einsatz nach dem Grundsatz "so viel wie nötig, so wenig wie möglich" zu optimieren.
- (3) Für den Streu- und den kombinierten Räum- und Streueinsatz im gesamten Streckennetz (Volleinsätze) sowie andere häufige Einsatzarten sind Einsatzpläne aufzustellen.
- (4) Die Antriebsleistung der eingesetzten Winterdienstfahrzeuge soll so bemessen sein, dass die Vorgaben der Einsatzpläne eingehalten werden können und Behinderungen oder Gefährdungen des Verkehrs durch zu schwach motorisierte Winterdienstfahrzeuge vermieden werden.
- (5) Bei Leistungen des Winterdienstes sind die im „Merkblatt für den Unterhaltungs- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Winterdienst“ und die im Maßnahmenkatalog Straßenbetriebsdienst „Optimierung von Einsatzverfahren - Empfehlungen für die Organisation des Winterdienstes bei Autobahn- und Straßenmeistereien - (MK 6 a)“ gegebenen Hinweise zu beachten.
- (6) Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Sicherheitsregeln der zuständigen Unfallversicherungsträger sind zu beachten.



- (7) Im Rahmen der Durchführung des Winterdienstes sind die am Ende dieses Kapitels aufgeführten Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

## **Streuen**

### **Leistung 5.01: Fahrbahnen einschließlich Standstreifen streuen**

- (1) Bei winterlicher Straßenglätte sind die Fahrbahnen einschließlich Standstreifen sowie bei Rastanlagen an Bundesautobahnen die Durch-, Zu- und Abfahrten zu streuen.
- (2) Auf Bundesautobahnen sowie auf Bundesstraßen, die im Zusammenhang mit dem Netz der Bundesautobahnen eine herausragende Verkehrsfunktion erfüllen, sollen alle Fahrstreifen der Richtungsfahrbahnen und Rampen während des gesamten Tages (24 h) innerhalb von 2 h, ggf. wiederholt, abgestreut sein. Die Fahrbahnen und Rampen der Bundesstraßen sollen täglich zwischen 6.00 und 22.00 Uhr innerhalb von 2 h abgestreut sein; bei Glättebildung in der Nacht soll der Streueinsatz um 6.00 Uhr bereits abgeschlossen sein. Bei starken Längsneigungen in Verbindung mit hohen Verkehrsbelastungen, hohem Schwerverkehrsanteil oder Abschnitten ohne Standstreifen und auf anderen Streckenabschnitten, auf denen die Sicherheit oder die Leistungsfähigkeit aufgrund der winterlichen Einflüsse in besonderem Maße gefährdet sind, können kürzere Fristen erforderlich sein.
- (3) Das Streuen der Fahrstreifen der durchgehenden Fahrbahnen hat Vorrang vor dem Streuen anderer Flächen. Das Streuen von Autobahnknoten hat Vorrang vor dem Streuen von Anschlussstellen und Rastanlagen.

Der Ersteinsatz soll bei sicherer Vorankündigung, z. B. durch SWIS, bereits rechtzeitig vor Einsetzen der Glättebildung beginnen und möglichst auch abgeschlossen sein. Dies gilt auch für erwartete Glättebildung durch Schneefall. Ansonsten soll der Ersteinsatz auf Bundesautobahnen während des gesamten

Tages (24 h) und auf Bundesstraßen zwischen 6.00 und 22.00 Uhr spätestens eine halbe Stunde nach der Glättebildung beginnen.

Auf Richtungsfahrbahnen und mehrstreifigen Rampen sind alle Fahrstreifen gleichzeitig zu streuen, um sicherzustellen, dass Verkehrsteilnehmer beim Fahrstreifenwechsel nicht durch unerwartete Fahrbahnglätte gefährdet werden.

Bei Vorliegen ungünstiger Witterungsbedingungen (niedrige Fahrbahntemperatur, hohe Luftfeuchtigkeit) oder entsprechender Vorankündigung sind glättegefährdete Abschnitte vorbeugend und ggf. punktuell zu bedienen. Als glättegefährdet gelten Abschnitte des Netzes (Schattenstrecken, Stahlbrücken, zugige Kuppen, verwehungsempfindliche Einschnitte usw.), auf denen es erfahrungsgemäß insbesondere durch überfrierende Nässe zur Bildung unerwarteter Glätte kommt, während im übrigen Netz keine Glättegefahr besteht.

Zur Unterstützung der Einsatzsteuerung und Feststellung von Fahrbahnzuständen erfolgende Kontrolleinsatzfahrten sind mit Winterdienstfahrzeugen durchzuführen, damit bei Bedarf der notwendige Streueinsatz sofort erfolgen kann.

#### **Leistung 5.02: Radwege streuen**

- (1) Wenn Radwege und kombinierte Rad- Gehwege auch bei winterlicher Witterung von Bedeutung sind, sind sie bei Glättebildung auf der durch den Verkehrsteilnehmer genutzten Breite zu streuen.
- (2) Im Regelfall sind nur auftauende Streustoffe zu benutzen.

#### **Leistung 5.03: Sonstige Verkehrsflächen streuen**

- (1) Die sonstigen Verkehrsflächen sind bei winterlicher Glättebildung zur Sicherstellung der Benutzbarkeit entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung im Anschluss an die unter 5.01 genannten Flächen zu streuen.

- (2) Sonstige befahrene Verkehrsflächen sind z. B. Busbuchten, Fahrgassen und Parkbuchten. Weiterhin sind den sonstigen Verkehrsflächen begehbare Flächen, die nicht als Radwege gemäß Leistung 5.02 betreut werden, zuzuordnen, z. B. wichtige Zugangs- und Verbindungswege auf Rastanlagen und Zugänge zu Notrufsäulen.

Begehbare Wege sind auf einer Breite von bis zu einem Meter zu streuen.

### ***Räumen und Streuen***

#### **Leistung 5.04: Fahrbahnen einschließlich Standstreifen räumen und streuen**

- (1) Bei Schneefall sind die Fahrbahnen einschließlich Standstreifen sowie Durch-, Zu- und Abfahrten bei Rastanlagen an Bundesautobahnen zu räumen und zu streuen, um die Bildung einer Schneedecke zu verhindern bzw. eine vorhandene zu beseitigen.
- (2) Auf Bundesautobahnen sowie auf Bundesstraßen, die im Zusammenhang mit dem Netz der Bundesautobahnen eine herausragende Verkehrsfunktion erfüllen, ist bei Räumeeinsätzen sicherzustellen, dass die Umlaufzeit für die Bedienung aller Fahrstreifen der Hauptfahrbahnen, sowie der Rampen und Parallelfahrbahnen von Autobahnknoten und Anschlussstellen sowie der Zu-, Durch- und Ausfahrten von Rast- und Parkplätzen maximal 3 Stunden beträgt. In der Umlaufzeit sind die Rückfahrt zum Standort und die Wiederbeladung der Fahrzeuge zur Bereitstellung für den nächsten Einsatz enthalten. Die Routenplanung ist so zu gestalten, dass die durchgehenden Fahrbahnen innerhalb von 2 Stunden nach Einsatzbeginn geräumt sind.

Für die Fahrstreifen und Rampen der Bundesstraßen ist anzustreben, sie täglich zwischen 6.00 und 22.00 Uhr innerhalb von 3 h zu räumen. Bei Schneefall in der Nacht soll der Räumeeinsatz um 6.00 Uhr bereits abgeschlossen sein. Die Strecken sind entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung zu räumen. Bei starken Längsneigungen in Verbindung mit hohen Verkehrsbelastungen, hohem Schwerverkehrsanteil oder Abschnitten ohne Standstreifen und auf anderen Streckenabschnitten, auf denen Sicherheit oder Leistungsfähigkeit bei winterli-

chen Einflüssen in besonderem Maße gefährdet sind, können kürzere Fristen erforderlich sein.

- (3) Das Räumen und Streuen der Fahrstreifen der durchgehenden Fahrbahnen hat Vorrang vor dem Räumen und Streuen anderer Flächen. Das Räumen und Streuen von Autobahnknoten hat Vorrang vor dem Räumen und Streuen von Anschlussstellen und Rastanlagen. Der Ersteinsatz soll spätestens eine halbe Stunde nach Einsetzen des Schneefalls beginnen. Die gleiche Frist gilt auch für einen Wiederholungseinsatz nach dem Ende eines Räum- und Streueinsatzes.

Wenn bei starkem, lang anhaltendem Schneefall die unter (2) angegebenen Umlaufzeiten nicht ausreichen, um auf mehrstreifigen Richtungsfahrbahnen und Rampen alle Fahrstreifen weitgehend schneefrei zu halten, darf zur Verkürzung der Umlaufzeiten auf das Räumen eines oder mehrerer Fahrstreifen verzichtet werden.

Die Standstreifen können nachrangig geräumt werden, wenn das Räumen aller übrigen Flächen abgeschlossen ist und keine Wiederholungseinsätze erforderlich sind.

Randwälle und Schneereste sind soweit zu entfernen, dass davon ausgehendes Schmelzwasser nicht mehr auf Verkehrsflächen, Zugangs- oder Verbindungswege gelangen kann und dort zur Glättebildung führt oder es durch Randwälle zu keinen Sichtbehinderungen kommt. Randwälle und Schneereste sind erst nach Beendigung aller Räumeinsätze zu entfernen.

Auf Fahrstreifen und Rampen der Bundesautobahnen soll die Räumbreite beim Räumen mindestens 3 m, auf Fahrstreifen und Rampen der Bundesstraßen mindestens 2,50 m betragen.

Dabei sind immer alle Fahrstreifen einer Richtungsfahrbahn oder Rampen gleichzeitig zu streuen, auch wenn nicht die gesamte Fahrbahnbreite geräumt werden kann.

**Leistung 5.05: Radwege räumen und streuen**

- (1) Wenn Radwege sowie kombinierte Rad-Gehwege auch bei winterlicher Witterung von Bedeutung sind, sind sie bei Schneefall auf einer Breite von mindestens 1,50 m zu räumen und auf der durch den Verkehrsteilnehmer genutzten Breite zu streuen.
- (2) Im Regelfall sind nur auftauende Streustoffe zu benutzen.

**Leistung 5.06: Sonstige Verkehrsflächen räumen und streuen**

- (1) Die sonstigen Verkehrsflächen sind bei Schneefall zur Sicherstellung der Benutzbarkeit entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung im Anschluss an die unter 5.04 genannten Flächen zu räumen und zu streuen.
- (2) Sonstige befahrene Verkehrsflächen sind z. B. Busbuchten, Fahrgassen und Parkbuchten. Weiterhin sind den sonstigen Verkehrsflächen begehbare Flächen, die nicht als Radwege gemäß Leistung 5.05 betreut werden, zuzuordnen, z. B. wichtige Zugangs- und Verbindungswege auf Rastanlagen und Zugänge zu Notrufsäulen.
- (3) Begehbare Wege sind auf einer Breite von bis zu einem Meter zu räumen und zu streuen.

**Leistung 5.07: Erhebliche Schneeverwehungen beseitigen**

- (1) Von Verkehrsflächen sind Schneeverwehungen und Randwälle, die im Rahmen der Leistung 5.04 nicht erfasst werden, zu beseitigen, um die Befahrbarkeit bzw. Benutzbarkeit wiederherzustellen. Unter erheblichen Schneeverwehungen werden alle Schneemengen verstanden, die nicht mittels Schneepflug zu räumen sind, sondern zu deren Beseitigung z. B. rotierende Schneeräumgeräte oder Baumaschinen, zum Einsatz kommen.

- (2) Aus der Verkehrssicherungspflicht, der Versorgungsfunktion und der Verkehrsbedeutung der zu räumenden Verkehrsfläche ergibt sich die Dringlichkeit, mit der die erheblichen Schneeverwehungen zu beseitigen sind.
- (3) Dieser Leistung sind alle Aufwendungen zuzuordnen, die notwendig sind, um die Befahrbarkeit bzw. Benutzbarkeit der Verkehrsfläche wiederherzustellen, d. h. auch Aufwendungen für Abfuhr, Transport und Lagerung. Ebenso sind die Aufwendungen für verkehrsregelnde Maßnahmen zu berücksichtigen, die notwendig sind, bis die Befahrbarkeit bzw. Benutzbarkeit wiederhergestellt ist.

### ***Sonstige Winterdienstleistungen***

#### **Leistung 5.08: Schneezäune auf- oder abbauen**

- (1) Schneezäune dienen der Vorbeugung gegen Schneeverwehungen an gefährdeten Streckenabschnitten, in denen es erfahrungsgemäß wiederholt zu Schneeverwehungen gekommen ist.
- (2) Schneezäune sind vor Beginn der Winterdienstperiode auf- und nach Ende der Winterdienstperiode wieder abzubauen.
- (3) Schneezäune sind gemäß der Beschreibung im „Merkblatt für den Unterhalts- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Winterdienst“ zu errichten.

#### **Leistung 5.09: Gefahr- und Schneezeichen auf- oder abbauen**

- (1) Gefahr- und Schneezeichen verbessern die Erkennbarkeit des Fahrbahnrandes und seitlicher Hindernisse bei großen Schneehöhen und verhindern Beschädigungen am Räumgerät und durch Räumfahrzeuge. Zeichen 113 (StVO) "Schnee- und Eisglätte" ist entsprechend den Regelungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) vor Beginn der Winterdienstperiode aufzustellen und im Frühjahr wieder zu entfernen.

- (2) Schneezeichen sind an Abschnitten zu errichten, an denen im Winter mit Schneehöhen über 50 cm oder der Bildung von Randwällen in dieser Höhe zu rechnen ist. Bei vorhandenen Straßenabläufen sollten sie in Höhe der Abläufe stehen, um diese bei Bedarf leichter finden zu können.
- (3) Schneezeichen sind gemäß der Beschreibung im „Merkblatt für den Unterhaltungs- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Winterdienst“ zu errichten.

### **Bezugsquellen der zitierten Regelwerke**

Merkblatt für den Unterhaltungs- und Betriebsdienst an Straßen, Teil: Winterdienst <sup>2)</sup>

Straßenverkehrsordnung (StVO) <sup>10)</sup>

Maßnahmenkatalog Straßenbetriebsdienst (MK 6 a) „Optimierung von Einsatzverfahren - Empfehlungen für die Organisation des Winterdienstes bei Autobahn- und Straßenmeistereien“ <sup>11)</sup>

### **Bezugsquellen:**

2) FGSV Verlag GmbH  
Postfach 50 13 62, 50973 Köln

10) Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH  
Breite Straße 78-80, 50667 Köln

11) Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 27/2004 vom 02.11.2004 (BMVBW)

**Leistungsheft  
für den  
Straßenbetriebsdienst  
auf Bundesfernstraßen**

**Leistungsbereich 6:  
Weitere Leistungen**



## Übersicht

	Seite
<b>Vorbemerkung</b>	6.2
Leistung 6.01: Beseitigung von Unfallschäden	6.2
Leistung 6.02: Allgemeine Wartungstätigkeiten	6.2
Leistung 6.03: Verkehrsregelnde Maßnahmen bei Katastrophenfällen	6.2

### **Vorbemerkung**

- (1) Unter diesen Leistungsbereich fallen die Betriebsdienstleistungen, deren sofortige Zuordnung zur jeweiligen Leistung der Leistungsbereiche LB 1 bis LB 5 aus Gründen einer praktikablen Arbeitsabwicklung nicht zweckmäßig oder möglich ist.

### **Leistung 6.01: Beseitigung von Unfallschäden**

- (1) Zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Straßen sind Unfallschäden an der Straße umgehend zu beseitigen bzw. abzusichern.
- (2) Dieser Leistung sind alle Aufwendungen der Absicherung und Beseitigung von Unfallschäden zuzurechnen.

### **Leistung 6.02: Allgemeine Wartungstätigkeiten**

- (1) Allgemeine Wartungstätigkeiten sind insbesondere kleinteilige Leistungen (Arbeitsaufwand < 0,5 Stunde), die im Rahmen der Streckenwartung wahrgenommen werden und nur mit verhältnismäßig großem Erfassungsaufwand den jeweiligen Leistungen zugeordnet werden können.

### **Leistung 6.03: Verkehrsregelnde Maßnahmen bei Katastrophenfällen**

- (1) Dieser Leistung sind alle Aufwendungen von verkehrsregelnden Maßnahmen bei Katastrophenfällen, z. B. Hochwasser, zuzurechnen, zu denen die Straßenbauverwaltung auf Anforderung anderer Verwaltungen, verpflichtet ist.